Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241. Sonnabend, den 14. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Bodenpreise und Mieten.

Fast überall ist zurzeit ein Steigen der Mieten zu beobachten. Es ist nichts Seltenes, daß Wohnungen in kurzer Zeit um 20, 30 und mehr Prozent teurer werden. Diese allgemeine Mietssteigerung ist zunächst die Folge der Wohnungsnot, des im Verhältnis zum Bedarf geringen Angebots von Wohnungen. Aber wir wissen, daß die Mietssteigerungen nicht vorübergehend sind, sondern daß häufig die Wohnungen auch teuer bleiben, wenn von einer Wohnungsnot nicht mehr die Rede sein kann, wenn etwa infolge der Verschlechterung der Konjunktur und der Abnahme des Zustroms in die Städte und Industriebezirke die Nachfrage nach Wohnungen geringer wird. Gewiß kommt es vor, daß hie und da die Mieten vorübergehend sinken. Mancher Hausbesitzer begnügt sich zeitweise mit einer geringeren Miete als früher, um eine Wohnung überhaupt los zu werden. Im allgemeinen aber sind in größeren Städten und Industriezentren die Mieten dauernd im Steigen begriffen.

Zunächst wird man geneigt sein, das Steigen der Mieten auf die Verteuerung des Bauens zurückzuführen. Die Löhne der Bauarbeiter sind gestiegen, auch die Materialpreise mögen vielfach höher geworden sein. Derjenige, der ein Mietshaus errichtet hat, muß versuchen, durch die Mieten das für den Hausbau aufgewandte Kapital verzinst zu erhalten. Müssen jetzt für die Errichtung eines Hauses mehr Mittel aufgewandt werden als früher, so müssen die Hausbesitzer auch entsprechend höhere Mieten erzielen, wenn nicht der Wohnungsbau ein sehr schlechtes Geschäft werden soll. Daß die Eigentümer von früher errichteten Häusern sich das zunutze machen und für ihre Wohnungen ebenso hohe Mieten verlangen, als in den neu erbauten Häusern für Wohnungen von gleicher Größe und Art gezahlt werden muß, ist in der kapitalistischen Gesellschaft selbstverständlich.

Es ist aber zum mindesten sehr fraglich, ob die Baukosten wirklich so sehr gestiegen sind. Die Erhöhung der Löhne der Bauarbeiter braucht durchaus nicht eine Verteuerung des Bauens zur Folge zu haben. Mit der Erhöhung der Löhne steigt, wie wiederholt festgestellt worden ist, auch die Intensität der Arbeit. Mag nun eine mehr oder minder große Erhöhung der Baukosten eingetreten sein, soviel ist sicher, daß das Wachstum der Mieten nur höchstens zu einem Teil auf die Baukostensteigerung zurückzuführen ist, zum andern Teil aber auf die Erhöhung der Grundrente, des Betrages, der für die Benutzung des Grund und Bodens aufgebracht werden muß. Ebenso wie die Zinsen der Baukosten müssen durch die Mieten auch diejenigen Summen ersetzt werden, die zur Verzinsung des für den Ankauf des Bodens angewandten Betrages erforderlich sind. Natürlich begnügen sich die Hausbesitzer nicht mit der Verzinsung des Kaufpreises, den sie vielleicht vor Jahren einmal tatsächlich haben zahlen müssen, sondern sie wollen die Summe verzinst haben, die sie vermutlich bei einem Verkauf ihres Grundstücks bei den zurzeit auf dem Grundstücksmarkt vorliegenden Verhältnissen erhalten würden.

Wovon ist nun der Preis des Grund und Bodens und damit auch der Wert, den der Besitzer eines Grundstücks diesem schätzungsweise beilegt, abhängig?

Bei Waren, die beliebig vermehrbar sind, sind die Preise abhängig von den Herstellungskosten plus dem üblichen Profit. Zwar werden in der Regel die Preise nicht genau dem eben bezeichneten Betrage entsprechen, je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage werden sie bald höher, bald niedriger sein, aber die Herstellungskosten plus Profit sind doch der Punkt, um den die Preise sich bewegen oder, wie der Fachausdruck lautet, oszillieren.

Wird für eine beliebig vermehrbare Ware längere Zeit hindurch ein höherer Preis gezahlt, so wird die Produktion dieser Ware ausgedehnt, es sei denn, daß ein Monopol etwa infolge eines Patentes einer solchen Ausdehnung im Wege steht. Das reichlichere Angebot führt dann zu einem Sinken der Preise. Umgekehrt hat ein zu niedriger Preis ein Sinken des Angebotes zur Folge, das wieder zu einem Steigen der Preise führt.

Grund und Boden ist von Natur da. Irgendwelche Herstellungskosten können daher bei der Bildung der Bodenpreise nicht in Betracht kommen. Der Preis eines Grundstückes richtet sich nach der Grundrente, nach derjenigen Summe, die dem Grundstücksbesitzer infolge der Monopolstellung des Bodens zufließt. Nicht der ganze Ertrag, der auf einem Grundstück erzielt wird, also z. B. nicht der gesamte Ertrag eines landwirtschaftlichen Betriebes ist als Grundrente anzusehen. Es muß davon abgerechnet werden, was zur Verzinsung des in Gebäuden, Vieh, Meliorationen, Arbeitslöhnen usw. angelegten Kapitals notwendig und was eventuell als Gegenwert für die Arbeitsleistung des Betriebsinhabers anzusehen ist. Was dann übrig bleibt ist die Grundrente. Sie entsteht, weil in wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Ländern Grund und Boden nur in beschränktem Maße vorhanden ist und die Eigentümer des Bodens daher ein Monopol haben, das ihnen die Erzielung eines über den üblichen Profit hinausgehenden Gewinns ermöglicht. Die Grundrente wird kapitalisiert und ist so maßgebend für den Preis des Bodens. Beträgt der landesübliche Zinsfuß 5 Proz., so wird man bereit sein, für ein Grundstück, das 500 Mk. Grundrente im Jahre bringt, 10 000 Mk. zu zahlen. Bekommt der Käufer, der sein Geld in dem Grundstück anlegt, doch genau dasselbe, wie wenn er 10 000 Mk. zu 5 Proz. verleiht.

Für die Bebauung mit Wohnungen steht in größeren Orten nur verhältnismäßig wenig Land zur Verfügung. Diejenigen, deren wirtschaftliche Existenz an einen Ort geknüpft ist, können nicht zu weit vom Zentrum dieses Ortes entfernt wohnen. Daß einige Meilen von der Stadt entfernt Grund und Boden in Hülle und Fülle zu haben ist, nutzt den Bewohnern einer Großstadt gar nichts, sie können wenigstens, wenn es an geeigneten Verkehrsmitteln fehlt, nicht hinausziehen, wollen sie nicht ihre Existenz aufgeben. Nur jemand, der von seinen Renten leben kann, ist es möglich, sich die Lage seiner Wohnung beliebig auszusuchen.

Infolgedessen sind die Eigentümer von Grund und Boden in größeren Ortschaften und in deren Nähe in einer besonders glücklichen Lage. Sie können die Bewohner ihrer Häuser zur Zahlung von Mieten zwingen, durch die ihnen eine weit höhere Grundrente gebracht wird, als sie bei einer landwirtschaftlichen Benutzung des Grundstücks erhalten würden. Nun wird die höhere Grundrente, die aus einem mit einem Wohnhaus bebauten Grundstück erzielt wird, nicht erst kapitalisiert, wenn ein Haus gebaut ist und die Grundrente tatsächlich bereits erzielt wird. Oft wird schon lange, ehe ein Grundstück tatsächlich bebaut ist, in seinem Preise die höhere Grundrente vorweggenommen, die für später einmal zu erwarten ist. So sehen wir besonders in den Großstädten, daß die Preise der Grundstücke schon kolossal steigen, wenn an ihre Bebauung kaum gedacht wird. Wird der Grund und Boden zu den im Hinblick auf die spätere Grundrente erwarteten höheren Preisen verkauft, so ist der Käufer gezwungen, die Mieten so anzusetzen, daß er die Zinsen des Kaufpreises auch wirklich ersetzt bekommt. Selbstverständlich steigen die Mieten und damit auch die Preise des bisher noch unbebauten Landes um so mehr, je geringer das Angebot von Wohnungen ist. Deshalb halten oft die Besitzer unbebauten Landes ihren Boden von der Bebauung fern, um dadurch Mieten und Bodenpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Häufig wird nicht nur die auf den bereits bebauten Grundstücken tatsächlich erzielte Grundrente für den Preis der unbebauten Grundstücke maßgebend sein. Es ist möglich, daß die Grundstückspreise darüber hinaus steigen, weil erwartet wird, daß die Mieten später noch höher werden, als sie zurzeit sind. Wird diese Erwartung nicht erfüllt, eilt etwa das Angebot von Wohnungen der Nachfrage voraus und steht eine größere Anzahl von Wohnungen leer, so führt das nicht zu einem allgemeinen Sinken der Bodenpreise. Manche Grund- und Hausbesitzer können in solchen Zeiten ihr Grundstück nicht halten, eine Anzahl Grundstücke wird subhastiert und geht in andere Hände über, aber die Bautätigkeit wird bis auf ein geringes aufhören. Wer ein Haus baut, kann ja nicht erwarten, daß er einen Mietsertrag erhält, der zu einer genügenden Verzinsung der Summe ausreicht, die er entweder selbst für den Boden gezahlt oder auf die er doch für den Fall des Verkaufs des Hauses gerechnet hat. Es wird dann heißen, das Häuserbauen rentiere sich nicht. Die Mieten müßten erst wieder höher werden. Und so werden es die Grundbesitzer vorziehen, ihr Land unbebaut liegen zu lassen, bis die Verhältnisse für sie besser geworden sind. Dadurch tritt eine Verminderung des Angebots von Wohnungen ein, die schließlich wieder zu einem Anziehen der Mieten führen muß.

Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen der Höhe von Mieten und Bodenpreisen. Ein Steigen der Mieten hat ein Steigen der Bodenpreise zur Folge. Sind aber die Bodenpreise einmal gestiegen, so müssen dann aber auch die Mieten den höheren Bodenpreisen entsprechen. Andererseits steigen unter Umständen die Bodenpreise noch mehr, als es den tatsächlich gezahlten Mieten entspricht, und die gestiegenen Bodenpreise haben dann wieder ein Steigen der Mieten zur Folge. Wir haben hier eine Schraube ohne Ende, die zu einem fortgesetzten Steigen der Mieten führen muß, solange der Grund und Boden in den Händen von privaten Kapitalisten liegt, die nur von dem Streben geleitet werden, möglichst viel aus ihrem Besitz herauszuschlagen.

Das Privateigentum an Boden stellt eine ganz besonders gemeingefährliche Art des Privateigentums dar. Millionen müssen ihr Leben in elenden Löchern hinbringen, unzählige aus Mangel an Licht und Luft verkommen, damit eine geringe Zahl von Bodenspekulanten und Grundbesitzern riesige Gewinne einheimst, ohne daß diese Leute auch nur die Hand zu rühren brauchen. Im Interesse der Volksgesundheit und der Volkswohlfahrt ist es unbedingt nötig, daß der Boden dem Privatkapital aus den Händen genommen wird.

Gegen die schweren Übelstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorzugehen, ist in erster Reihe Sache der Gemeinden. Diese können einmal durch rechtzeitige Anlage von Straßen und durch Schaffung von Verkehrsmitteln dafür sorgen, daß das Gebiet, das für ihre Gemeindeangehörigen für Wohnzwecke in Betracht kommt, möglichst vergrößert wird, und sie können bei gutem Willen entweder selbst die Versorgung ihrer Angehörigen mit Wohnungen in die Hand nehmen, oder wenigstens Genossenschaften unterstützen, die ohne jede Gewinnabsicht für ihre Mitglieder Wohnungen bauen. Einzelne Städte, wie zum Beispiel die Stadt Ulm, haben auf dem Gebiete des Wohnungswesens schon bedeutendes erreicht. Leider fehlt es in vielen Gemeinden bei den Gemeindeverwaltungen an jedem guten Willen. Das Gemeindewahlrecht in vielen deutschen Staaten, besonders in Preußen und Sachsen, ist so beschaffen, daß die Haus- und Grundbesitzer einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Gemeindeverwaltung haben. Daran wird auch so lange nichts geändert werden, als in den Landesparlamenten der deutschen Einzelstaaten und im Reichstag Parteien die Mehrheit haben, die rücksichtslos die Interessen der besitzenden Klassen vertreten. Indem die Sozialdemokratie mit aller Energie gegen diese Parteien und für demokratische Wahlrechte kämpft, führt sie zugleich den Kampf gegen das Wohnungselend, unter dem die Volksmassen so schwer zu leiden haben.

Der Krieg.

Die „Tribuna“ meldet aus Tripolis: Die Stadt ist mit italienischen Soldaten angefüllt, denen sich die Araber nähern in dem Bemühen, sich nützlich zu zeigen. Mit Ausnahme des 84. Infanterieregiments, das sich auf Vorposten befindet, haben die Soldaten die Erlaubnis erhalten, in der Stadt spazieren zu gehen wie in irgend einer beliebigen italienischen Garnison. Die Militärkapellen spielen. Bersaglieri bewachen das Palais des Gouverneurs. Das Leben der Stadt spielt sich ruhig ab. Die Türken sind nach dem Scharmützel in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober nicht mehr erschienen. Man versichert, daß sie wenig Munition besitzen und daß Krankheit in ihren Reihen wütet. Strategisch halten sie eine ausgezeichnete Stellung besetzt, und zwar auf den Hügeln im Süden von Tripolis.

Das „Giornale d'Italia“ erfährt aus Tripolis: Wie verlautet, haben sich die Türken etwa 100 Kilom. von der Küste zurückgezogen. Munir Pascha versuche seine Truppen mit der arabischen Bevölkerung von Orfella, Jefren und Tarhuna zu vereinigen und habe sich bemüht, sie zum Widerstande gegen die Italiener zu reizen. Seine Bemühungen schienen bisher erfolglos zu sein. Munir Pascha verfüge nur über etwa tausend heruntergekommene Soldaten und einige Gebirgsbatterien.

Die „Agenzia Stefani“ teilt mit: Eine Nachricht aus Konstantinopel, die auch deutsche Blätter wiedergegeben haben, besagte, daß um die Anhöhe bei Tripolis ein heftiger Kampf zwischen Italienern und Türken stattgefunden habe, wobei die Italiener 16 000 Tote und Verwundete gehabt hätten. Diese Nachricht ist unrichtig.

Die Pforte nimmt, wie es heißt, entgegen der Antwort der Mächte auf ihre Note, den Standpunkt ein, daß sie nur auf der Grundlage einer türkischen Souveränität über Tripolis mit Italien in Verhandlungen treten könne. Dieser Standpunkt ist auch in den mündlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Mächte zum Ausdruck gebracht worden.

Die Mitglieder der Mehrheitsparteien traten in der türkischen Kammer zusammen und entschieden mit 47 von 56 Stimmen Ahmed Riza Bei das Präsidium anzutragen, da Halil Pascha jetzt als Parteipräsident unentbehrlich sei. Für den Posten eines ersten Vizepräsidenten soll die Opposition einen Kandidaten stellen. Sowohl bei der Opposition als bei den Mehrheitsparteien ist die Stimmung überwiegend für energischen Widerstand gegen Italien, sodaß die Kammer nur ein Kabinett unterstützen kann, welches die von Italien geschaffene Situation nicht akzeptiert.

Der italienische Direktor des suspendierten Blattes „La Turquie“ in Konstantinopel, Bondini,

wurde zu 4600 Francs Geldstrafe verurteilt und ausgewiesen.

Gestern wurden die Korrespondenten der Blätter „Corriere della Sera", „Tribuna" und „Giornale d'Italia" sowie der Vertreter der italienischen Telegraphenagentur aufgefordert, die Stadt zu verlassen; sie werden heute abreisen.

Wie aus Smyrna gemeldet wird, sind in dem Hafen und in der Bucht von Smyrna bisher 65 italienische Fahrzeuge mit Beschlag belegt worden. Die Eigentümer erhoben gegen die Beschlagnahme Einspruch, da sie gegen das Völkerrecht verstoße. Auch in Konstantinopel selbst wurden kleinere Fahrzeuge, sogar private Motorboote beschlagnahmt. Bei Mytilene ist ein italienischer Segler mit einer Schwefelladung aufgebracht worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins und der Kampf gegen die Teuerung.

Die „Berliner Politischen Nachrichten", die bezahlte Ablagerungsstätte aller großindustriellen und großagrarischen Schwindeleien, tischen ihren Lesern unter vielem anderen Lug und Trug auch die Nachricht auf, die Sozialdemokratie hätte gegen den Großeinkauf von Kartoffeln durch die Stadt Berlin protestiert und so verhindert, daß die Kartoffelpreise um den Zwischenhandelsaufschlag verringert würden! Natürlich ist das gerade Gegenteil der Fall. Die Sozialdemokratie hat nicht nur in dem Berliner Teuerungs-Ausschuß, sondern auch in der Berliner Markthallen-Deputation wiederholt auf das energischste den Großeinkauf aller Lebensmittel gefordert und sie jetzt bei Seefischen auch schon mit durchgesetzt; ganz besonders ist sie auch für den städtischen Großeinkauf von Kartoffeln eingetreten. Natürlich aber hat die Sozialdemokratie hierbei die Grenzen nicht übersehen können, die einer kommunalen Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelpreispolitik durch die verbrecherische Zoll- und Liebesgabenpolitik des Reiches gezogen sind. Diese großzügige und grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter muß naturgemäß die zahlenden Arbeitgeber des pp. Schweinburg in Zorn bringen, und es ist dann ebenso naturgemäß, daß dieser bezahlte Klopffechter der Volksausbeuter die kräftigsten Befürworter aller Maßnahmen gegen die Teuerung auf das infamste zu verleumden sucht.

Die Versicherung der Privatbeamten.

Wie es immer mehr den Anschein gewinnt, sind die bürgerlichen Parteien fest entschlossen, die Versicherung der Privatbeamten noch vor Torschluß fertig zu stellen. Wenn das Gesetz jetzt noch zustande kommt, dann wird es jedenfalls günstiger gestaltet, als wenn man diese Aufgabe dem neuen Reichstag zuweist. Die Kategorie der Privatbeamten ist derart zahlreich, daß die bürgerlichen Parteien mit diesen Wählern unbedingt rechnen müssen. Allerdings ist dann vor Anfang Dezember nicht an einen Schluß des Reichstages zu denken, wobei freilich die Frage nicht übersehen werden darf, ob es gelingt, so lange ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten.

Branntwein und Staatsbudget.

Unter dieser Spitzmarke machte kürzlich eine Notiz die Runde durch die Presse, die jedenfalls von „kompetenter Seite" lanziert war, und in der auseinander gesetzt wurde, daß alle Staaten die Branntweinerzeugung und den Branntweingenuß zu einer wertvollen Einnahmequelle gestaltet hätten. Rußland, so hieß es dort, erziele fast eineinviertel Milliarde Mark aus dem Branntweinkonsum. Auf diese Feststellungen kommt jetzt der „Reichsbote" zurück und bemerkt u. a. dazu:

„Welche Unsummen der Verkommenheit und des grenzenlosesten Jammers aber in Rußland durch diese 1240 Millionen Mark repräsentiert werden, das ist garnicht auszudenken und wir möchten es energisch ablehnen, unsere Reichsfinanzen aus dieser höchst bedenklichen Quelle durch irgendeine Steigerung des Konsums aufgebessert zu sehen. Das unbestreitbare große Verdienst der Sozialdemokratie ist es, den Schnapsgenuß in den Reihen ihrer Bekenner eingedämmt, ja verpönt zu haben. Man sollte also namentlich von Reichswegen lieber Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen als an dem sichtlichen Erfolge dieser unzweifelhaften Kulturtat auch nur in Gedanken zu rütteln."

Der fromme „Reichsbote" bittet dann noch um Entschuldigung, daß er der Sozialdemokratie ohne Zögern das Verdienst zuerkenne, das ihr gebührt. Aber, was Recht ist, müsse Recht bleiben. Nun, hoffentlich erhält das Blatt die Absolution für seine Bekennung zur Wahrheit.

Die Kleinstadtbürgermeister,

die im „Reichsverband Deutscher Städte" organisiert sind, hielten in Berlin eine Tagung ab, die von dem nationalliberalen Führer Schiffer warm begrüßt wurde, und die denn auch richtig ganz im bewährten Zeichen des „Einerseits-Andererseits" stand. Einerseits forderte man eine zeitgemäße Reform des preußischen Wahlrechts, namentlich auch in den Kreisen, damit die Städte zu ihrem Recht kommen und Erleichterung des Ausscheidens der Städte aus den Kreisen, — andererseits verwahrte man sich scharf gegen die Anregung, die Bestätigung der nichtbeteiligten Magistratsmitglieder für unnötig zu erklären. Die Versammlung schloß sich hier gern einem Bürgermeister an, der erklärte, da die Magistrate doch Obrigkeit seien, dürfe kein Sozialdemokrat, Pole oder Däne in ihnen sitzen. Die ganze Selbstverwaltung durfte ein anderer Redner als bloßes Hilfsorgan der Staatsverwaltung — wohlgemerkt, der preußisch-deutschen! — bezeichnen, und bitteres Leid verursachte den Herren die Rüge, daß einer von ihnen die Landräte scheel angesehen hätte. All diese schöne Männlichkeit kam besonders in dem Saganer Bürgermeister Achilles zum Ausdruck, der — Reichstagskandidat der Fortschrittlichen Volkspartei ist. Als zarte Aufmerksamkeit für das durch einen Geheimrat vertretene preußische Kultusministerium widmete man aller höheren Mädchenbildung einige böse Worte.

Das denunziatorische Zentrum.

Zu der Behauptung der „Kölnischen Volkszeitung", ein preußischer Oberregierungsrat habe bei der Wahl in Düsseldorf für den Sozialdemokraten agitiert, sendet der Regierungspräsident Dr. Kruse dem Blatte eine Berichtigung, in der er mitteilt, daß die ihm unterstellten fünf Oberregierungsräte die Behauptung der „Kölnischen Volkszeitung bestreiten, sie sei also völlig unwahr. Demgegenüber erklärt das Blatt, daß es seine Angabe aufrecht erhalten müsse. Weiterhin habe der Regierungspräsident auch die Behauptung nicht dementiert, daß er sowohl als auch andere hohe Beamte bei der Stichwahl die liberale Parole auf Wahlenthaltung befolgt hätten, indem sie von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten.

Vorerst besteht noch keine gesetzliche Wahlpflicht, dieser grobe Vorstoß gegen das geheime und freie Wahlrecht blieb dem Denunziantenpack des Zentrums vorbehalten, das den Versuch macht, den Beamten aus der Nichtbeteiligung an der Wahl einen Strick zu drehen.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stettiner Stadtverordnetenversammlung hatte folgenden Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht, bei den zuständigen Behörden unverzüglich Schritte zu unternehmen, um eine Milderung der gegenwärtigen Lebensmittelverteuerung herbeizuführen. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, um durch Vermittlung der Stadt selbst den billigen Bezug von Lebensmitteln, namentlich Brot, Fleisch, Kartoffeln zu ermöglichen." Am Donnerstag wurde hierüber verhandelt.

Nach längerer ausführlicher Begründung durch den Genossen Herbert und unter Zustimmung der Liberalen wurde der sozialdemokratische Antrag einer gemischten Kommission überwiesen, die darüber beraten soll, welche Schritte zu unternehmen sind, um eine Verbilligung der Lebensmittel herbeizuführen.

Der Richter ist der Stellvertreter des Königs.

Der Zentrumskandidat bei der am 19. Oktober stattfindenden Nachwahl in Konstanz, der Landgerichtsdirektor Freiherr von Rüpplin, verstieg sich bei einer Wählerversammlung zu der Schlußfolgerung, wer ihn (Rüpplin) in seiner Richterehre angreife, greife die Monarchie an, denn der Richter sei der Stellvertreter des Königs. Da haben es die preußischen Unteroffiziere doch weiter gebracht, sie sind gleich die Stellvertreter Gottes.

Die Landwirtschaftskammern gegen die „Leutenot".

Am 24. Oktober wird in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Landwirtschaftskammern stattfinden, die dem Kampfe gegen die Leutenot gilt. In erster Linie soll die Frage der Vermittlung einheimischer Arbeiter verhandelt werden. Die Landwirtschaftskammern haben sich grundsätzlich zur Aufwendung eigener Mittel für die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen bereit erklärt. Man hofft jedoch, daß auch die Regierung diese Bestrebungen in weitgehendster Weise unterstützen wird. Für kommunale Arbeitsnachweise sind im letzten Jahr vom Reich und von Preußen fast 70 000 Mk. an Unterstützungen gezahlt worden. Das Bestreben soll wesentlich darauf gerichtet sein, möglichst viele Landarbeiterfamilien dem platten Lande zu erhalten, also der Landflucht entgegenzuwirken.

Argentinisches Fleisch.

Die Einfuhr des billigen argentinischen Fleisches in Deutschland wird verhindert unter dem Vorwande, daß es „den Ansprüchen der Lebensmittelhygiene nicht genügt". Zu den Stimmen, die diese Behauptung bestreiten, gesellt sich in der letzten Nummer der „Münchener Med. Wochenschrift" Dr. Chr. Jakob, „der viele Jahre hindurch als Universitätslehrer an der medizinischen Fakultät zu Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, wirkte und aus vielfacher eigener Anschauung und Erfahrung Land und Leute unbefangen beurteilen gelernt hat". Das Vieh lebt in voller Freiheit, ist wenig Erkrankungen ausgesetzt, wegen des geringen Wertes der Tiere werden kranke frühzeitig ausgemerzt. Besondere Bezirke dienen der Mästung, je nach der Grasart läßt sich die Qualität des Fleisches jeder Geschmacksrichtung anpassen.

Für das Gefrieren bestehen zahlreiche großartige Anlagen, die es ermöglichen, daß das Fleisch des frisch geschlachteten und untersuchten Tieres, man kann sagen „aseptischer" Weise behandelt wird. Sowohl die technischen Einrichtungen der Transportdampfer, als auch der deutschen Häfen und Eisenbahnen bieten keine Schwierigkeiten für den sachgemäßen Transport.

Nach Jakob ist an den hygienischen Verhältnissen nichts auszusetzen. „Die veterinärärztliche Überwachung ist außerordentlich streng. Der Staat hat sich eben schon seit langem überzeugt, daß hier das rigoroseste Vorgehen aus Gründen des ureigensten allgemeinen Interesses angezeigt war. Nicht leicht gibt ein anderer Staat für die Ausbildung seiner Veterinäre, seiner Lehr- und Forschungsanstalten, der Untersuchungsinstitute usw. so viel aus als gerade Argentinien. Deutsche Hochschullehrer wirken dort zusammen mit französischen an den Veterinärschulen, europäische Autoritäten werden konsultiert und kostspielige experimentelle Studien generös unterstützt ... In bezug auf seuchenhygienische Maßnahmen steht Argentinien in allererster Linie, im wohlverstandenen Eigeninteresse."

Ohne Schwierigkeit ließe sich auch das Vieh lebend nach Deutschland bringen, im Hafen schlachten, untersuchen und in Kühlwagen verladen. Wolle man es nicht an Land kommen lassen, gäbe es genügend alte Dampfer, an deren Bord auf der Reede Schlachtung und Untersuchung vorgenommen werden könnten.

Einer fachmännischen Oberaufsicht durch deutsche Sanitätsbeamte würde Argentinien keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

„Nach alledem ist es möglich, für Deutschland billiges und gutes Fleisch umgehend zu erlangen."

Jakob spricht schließlich die Überzeugung aus, „daß auch die Regierungen sich einem gut organisierten Importversuch nicht entgegenstellen werden." Das ist ein starker Optimismus.

Abänderung des Schutztruppengesetzes.

Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, hat der Entwurf über die Abänderung des Schutztruppengesetzes den Bundesrat in seiner letzten Sitzung am 11. d. Mts. beschäftigt. Es ist demnach anzunehmen, daß eine entsprechende Vorlage dem neuen Reichstag in seiner ersten Session zur Erledigung zugehen wird. In dem Entwurf, in dem auch Bestimmungen über die Wehrpflicht und Militärgerichtsbarkeit in den Schutzgebieten enthalten sind, handelt es sich im wesentlichen um eine Neuregelung des militärischen Meldewesens in den Schutzgebieten Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika, sowie um eine Neuorganisation der Wehrordnung für das letzgenannte Schutzgebiet. Dementsprechend sind auch Vorschriften über Bildung eines Beurlaubtenstandes für Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamte, sowie für Mannschaften und Offiziere für Deutsch-Südwestafrika zu erwarten.

China.

Der Aufstand macht weitere Fortschritte. Nach einem Telegramm aus Peking, 13. Oktober, sagte die gesetzgebende Versammlung der Provinz Hupeh sich von der kaiserlichen Regierung los. Die Aufständischen dieser Provinz, die 10 000, nach anderen Berichten 15 000 Mann stark sein sollen, sollen 30 moderne Geschütze erbeutet haben. Aus Tschoengtu wird gemeldet, daß die Aufständischen von Szetschwan das ganze Gebiet westlich von Minho zwischen Kiating und Kwan besetzten. Ein Feuergefecht zwischen den Aufständischen in den Forts von Wutschang und einem treugebliebenen chinesischen Kriegsschiff wurde nach kurzer Dauer eingestellt, nachdem die britischen und japanischen Konsulatsbeamten erklärten, daß durch die Geschosse die Fremdenniederlassungen gefährdet würden. Aus Hankau, 13. Oktober, berichtet ein Telegramm: Bisher treugebliebene Schiffe fangen an, zu den Revolutionären, die in Wutschang und Hankau strenge Ordnung halten, überzugehen. Marodeure und Brandstifter werden streng bestraft. Heute nacht wurden fünf solche hingerichtet. Die Revolutionäre steckten nur Verwaltungsgebäude und Häuser von Mandarinen an. Wie das Reutersche Bureau aus Hankau meldet, treffen dort in Intervallen Abteilungen von Regierungstruppen ein, denen die Aufständigen entgegengehen und die sie zum Anschluß an die Meuterer zu verlocken suchen. Nachts kam es zu einem Massakre unter den Mandschufamilien. Die Gefängnisse wurden geöffnet und die Sträflinge entkamen. Wutschang und Hanyang sind stark befestigt und mit Geschützen armiert. Im Arsenal ist reichlich Munition vorhanden. Die Revolutionäre sind der Ansicht, daß sie imstande sind, die Gegner niederzuzwingen. Die Brandstiftungen werden fortgesetzt. Die Verbrecher werden, wenn sie gefaßt werden, streng bestraft. — Aus Peking, 13. Oktober meldet ein Telegramm des Reuterschen Bureaus: Die Aufständischen in Hankau eroberten die Eisenbahnstation. Ausländische Matrosen unter dem japanischen Admiral Havashima, wurden gelandet, um die Niederlassungen der Fremden zu schützen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 14. Oktober.

Wissenschaftlicher Vortragskursus für Arbeiter. Unsere Bildungsarbeit für das angebrochene Winterhalbjahr wird in erheblichem Maße durch die bevorstehende Reichstagswahl beeinflußt. Aus dem Grunde haben wir noch vor dem direkten Beginn der Wahlkämpfe einen Vortragskursus arrangiert. Als Redner wurde der Genosse Dr. Hermann Duncker-Stuttgart gewonnen, der — wie wir an dieser Stelle schon berichtet haben — über das Thema „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen" an vier Abenden sprechen wird. Der erste Vortragsabend ist für Dienstag, den 17. Oktober, angesetzt worden. Das Thema beweist, daß wir auf die momentane Lage Rücksicht genommen haben. Unsere Organisation ist im letzten Jahre um 1000 Mitglieder gewachsen. Diese neugewonnenen Anhänger müssen mit sozialistischem Denken und Fühlen erfüllt werden, und auch die alten Kämpfer des sozialdemokratischen Heerbanns müssen für den bevorstehenden Kampf ihr geistiges Rüstzeug wieder nachprüfen und mit einem neuen Panzer überziehen, um für alle Anforderungen der Agitation gewappnet zu sein. Es gibt in dieser Beziehung in Lübeck noch manche Arbeit zu leisten. Die Wahlberechtigten, die 1907 von der Urne fernblieben und auf die der vereinigte liberal-reichsverbändlerische Ordnungsklüngel seine Hoffnungen setzt, müssen für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Das ist aber nur möglich, wenn alle unsere Anhänger genügend über die Zwecke und Ziele des Sozialismus Aufklärung geben können. Aus dem Grunde sollten alle unsere Mitglieder den Vortragskursus besuchen und das dort Gehörte weitertragen in die Kreise der Indifferenten hinein, die selten oder nie in einer Versammlung zu sehen sind. Wenn das geschieht, dann sind die eitlen Hoffnungen unserer Gegner gründlich zuschanden gemacht, und die Partei des Herrn Klein kann das Hissen der weiß-roten Flagge nach wie vor auf den Sandburgen des Strandes von Travemünde üben, wo die Herren keinen Schaden anrichten — nicht aber in der politischen Arena, wo sie sich nur im volksfeindlichen Sinne betätigen würden. Die Kämpfe bei der kommenden Reichstagswahl werden schwer sein. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte. Jeder einzelne muß seine Kraft der Gesamtheit zur Verfügung stellen. Mit dem bloßen Beitragszahlen und Wählen ist es in den kommenden Wochen nicht getan. Jeder muß tätig sein, wenn wir unser Ziel, eine gewaltige Stimmenmehrheit für unsern alten kampferprobten Theodor Schwartz, erreichen wollen. Erinnert Euch also Eurer Parteipflicht

Genossen, um den Heerbann des völkermordenden Kapitalismus, der sich um Herrn Klein schart, noch gründlicher niederzuschlagen als 1907. Das ist aber nur möglich, wenn alle das geistige Rüstzeug erwerben, das für den Kampf nötig ist. Nehmt darum alle an diesem Vortrags-Kursus teil. Wissen ist Macht und Bildung macht frei!

Die gestrige außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins war sehr gut besucht. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Referat des Genossen G. Ehlers über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft. Redner ging zunächst auf die einmalige Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion an der Vorversammlung der Bürgerschaft ein, die wohl kaum je wiederholt werden dürfte. Es sollte damals versucht werden, einen liberalen Wortführer zu wählen, doch habe sich herausgestellt, daß der gegenwärtige Wortführer, dessen Wahl man verhindern wollte, unparteiischer und toleranter sein Amt geführt habe, als der von den Liberalen seinerzeit in Aussicht genommene. Auf die Beratungen der Bürgerschaft eingehend, legte der Referent dar, wie von den erstklassigen Bürgerschaftsmitgliedern bei allen möglichen Gelegenheiten nackte Interessenpolitik getrieben würde. Die Liberalen seien in der Bürgerschaft dadurch bedeutungslos, weil ihre Stimmen sich bei der Abstimmung über die meisten Vorlagen zersplitterten. In Steuerfragen ist die sozialdemokratische Fraktion getreu ihrem Programm stets für die Einführung einer Vermögenssteuer und eine progressiver ausgestaltete Einkommensteuer eingetreten, jede Sondersteuer, so die Gewerbesteuer, sei energisch bekämpft worden. Besonderes Gewicht legte die sozialdemokratische Fraktion auf die Förderung der Interessen der Arbeiterschaft, namentlich der städtischen Arbeiter. Es wurden wiederholt Teuerungszulagen verlangt und den Tatsachen wirklich entsprechende Aufstellungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter gefordert. In der Regel hatte man dabei mit dem Widerstand der gesamten bürgerlichen Bürgerschaftsmitglieder zu rechnen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde weiter eingetreten für Notstandsarbeiten, für die Anstellung eines Hafeninspektors, eines Gewerbeinspektors im Hauptamte, für Lehrmittelfreiheit in den Volksschulen, Schulspeisung, vermehrte Badeangelegenheit usw. Bei der Beratung des Beamtenbesoldungsetats wurde von unserer Fraktion hauptsächlich verlangt, daß den unteren Beamten eine angemessene Aufbesserung ihrer Bezüge gewährt würde. Statt dessen hat man leider unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien, den gut bezahlten höheren Beamten mit Scheffeln, den unteren höchstens mit Teelöffeln zugemessen. Grundsätzlich haben wir stets jeden Verkauf staatlichen Grundbesitzes abgelehnt. Während auf der einen Seite die Grundstücksspekulation den Bodenpreis und damit die Mieten in die Höhe getrieben hat, ist von unserer Seite der staatliche Bau von Arbeiterwohnungen angeregt worden. Weiter ist die sozialdemokratische Fraktion stets für die Vermehrung der billigen Plätze im Theater, für eine größere Anzahl von Volksvorstellungen und für andere im Volksinteresse liegenden Anträge eingetreten. Das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion war, getreu ihrem Programm, für die Interessen der werktätigen Bevölkerung und damit auch für die Interessen des Staates zu wirken. Wenn die Arbeiterschaft dieser Tätigkeit und den Verhandlungen in der Bürgerschaft noch mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken würde, so dürfte das nur noch zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit der Bürgerschaftsfraktion beitragen. (Lebh. Beifall.) An dieses Referat knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Genosse Busch äußert sich im Sinne des Referenten und erkennt die geleistete Arbeit durchaus an. Genosse W. Beeck hätte gewünscht, daß das Verhalten der Polizei bei der Werftarbeiteraussperrung in der Bürgerschaft besprochen worden wäre. Genosse Schmidt tritt dafür ein, daß von der sozialdemokratischen Fraktion schärfere Töne angeschlagen und auch gelegentlich Obstruktion getrieben werde. Weiter macht er darauf aufmerksam, daß bei Landverpachtungen der Armenanstalt wohlhabende Leute große Areale pachten und dann wieder an kleine Unterpächter abgeben. Dadurch würde das Land verteuert. Hiergegen müsse sich die Fraktion wenden. Die Genossen Kewe und Puls geben der Unzulänglichkeit der Zuhörertribüne die Schuld, wenn die Arbeiter die Bürgerschaftsversammlungen nicht besuchen. Häufig können sie keinen Platz mehr erhalten und dann kommen die Arbeiter nicht wieder. Genosse Lowack bemängelt es, daß, nach seiner Meinung, einige Genossen nicht genug in der Bürgerschaft das Wort genommen haben. Genosse Peters wünscht Verstaatlichung des Abfuhrwesens. Genosse Dr. Schlomer wendet sich dagegen, daß Obstruktion getrieben werden soll; diese würde bei der Stärke unserer Fraktion wirkungslos sein. Erwünscht seien Anregungen und Material aus den Kreisen der Arbeiterschaft, das man in der Bürgerschaft verwerten könne. Genosse A. Beeck wünscht, daß die Fraktion in der Bürgerschaft für die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises eintreten möge. Genosse Stelling betonte demgegenüber, daß die Fraktion stets in diesem Sinne tätig war. Gegenwärtig schweben die Vorarbeiten für die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Gastwirtsgehilfen. Genosse Th. Schwartz gab einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsnachweisgedankens und hebt hervor, daß noch jetzt keine völlige Einigkeit innerhalb der Gewerkschaften über den städtischen Arbeitsnachweis und seine Funktionen, namentlich bei Streiks, herrsche. Von den Gewerkschaften müsse die Forderung nach einem städtischen Nachweis ausgehen, die in der Bürgerschaft von uns selbstverständlich mit aller Energie vertreten werde. Genosse Bromme erkennt die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Fraktion voll an und ersucht um rege Beteiligung an den Arbeiten zur Bürgerschaftswahl. In einem kurzen Schlußwort ging dann noch der Genosse G. Ehlers auf die gemachten Anregungen und Einwendungen ein. Die Fraktion werde nach wie vor ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Darauf erfolgte die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl. Zum Kandidaten der dritten und vierten Klasse (Landgebiet) wurde der Genosse Th. Schwartz proklamiert. Die bisherigen Bürgerschaftsmitglieder Gen. Bruns, G. Ehlers, P. Pape und Th. Schwartz, deren Mandat Ende November erlischt, wurden einstimmig in den Kreisen, in denen sie bisher gewählt waren, wieder aufgestellt. Sollte der Genosse Schwartz in Travemünde gewählt werden, so tritt im vierten städtischen Wahlbezirk an seine Stelle der Genosse Radden. Zu Kandidaten für die erste Klasse wurden ebenfalls einstimmig proklamiert die Genossen: A. Henze, Geschäftsführer, F. Koth, Hafenarbeiter, F. Leeke, Gastwirt, B. Lotzow, Obermüller, J. Lühr, Gewerkschaftsangestellter, G. Meyer, Zigarrenfabrikant, J. Reppenhagen, Kassenbeamter, A. Weitendorf, Tabakspinner und S. Zimmermann, Buchbinder. Der Vorsitzende, Genosse Löwigt, richtete an die Versammelten, die sie Bürger sind, den dringenden Appell, soweit das noch nicht geschehen ist, die Wählerlisten einzusehen. Unter „Verschiedenes" teilte der Genosse Stelling mit, daß soeben aus Eutin die Kunde gekommen sei, daß im nördlichen Teil des Fürstentums Lübeck der Agrarier bei der Landtagswahl niedergerungen ist. (Lebhafter Beifall.) Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Den schäbigen Anwurf, den das freisinnige „Lübecker Tageblatt" ohne jeden Anlaß gegen die freien Gewerkschaften richtete, haben wir bereits gestern mit der notwendigen Deutlichkeit und Schärfe abgewehrt. Es wird aber nützlich sein, einmal an der Hand der Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften zu zeigen, was die freien Gewerkschaften für die Arbeiterschaft leisten. Die Ziffern, nach den Abrechnungen für 1910, ergeben das folgende Bild. Es betrugen in Mark:

	Freie Verbände	Christliche Verbände	Hirsch-Dunckersche
Einnahmen	64 372 176	5 490 000	2 926 693
Ausgaben für Streiks	19 068 972	1 239 509	329 926
Unterstützungen	**30 000 000**	**1 039 519**	**1 068 528**

Die Zahlen zeigen die Überlegenheit der freien Verbände, weiter aber auch, daß diese nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu ihren Gesamteinnahmen die höchsten Leistungen an die Mitglieder aufweisen. Es stellt sich nämlich heraus, daß die als Streikvereine verlästerten freien Gewerkschaften sogar mehr an Unterstützungen zahlen, als die Hirsch-Dunckerschen Harmonievereine, von den Christenverbänden erst gar nicht zu reden. Die freien Verbände stehen mit den direkten Zuwendungen an die Mitglieder weitaus an erster Stelle. Die nachfolgende Aufstellung illustriert das. Vom Hundert der Gesamteinnahmen verwenden für:

	Streiks	Unterstützungen	Streiks und Unterstützungen zusammen
Die freien Gewerkschaften	29	47	76
„ christlichen Verbände	22	19	41
„ Hirsch-Dunckerschen Vereine	11,6	36,4	48

Das sind die Resultate aus dem kampfreichsten aller Jahre, denn es brachte den Gewerkschaften 9690 Bewegungen mit 1 025 542 beteiligten Personen, während die bisher höchsten Zahlen das Jahr 1906 mit 8150 Bewegungen und 917 748 beteiligten Personen aufwies. Gegen liberale Verdächtigungen und Verleumdungen ist natürlich kein Kraut gewachsen!

Achtung, Bürgerschaftswähler!

Die Wählerlisten

sind auch **morgen, Sonntag, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr**

im Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18, 2. Obergeschoß einzusehen.

An den Wochentagen — bis Dienstag, den 17. Oktober einschließlich — liegen die Wählerlisten von 9—1 und nachmittags von 4—5 Uhr zu jedermanns Einsicht aus.

Wir richten nochmals an alle Bürger, die sich noch nicht davon überzeugt haben, ob ihre Namen in der Wählerliste stehen, die ernste und dringende Mahnung:

Seht die Wählerlisten ein!

Nur wer in der Wählerliste verzeichnet steht, hat das Wahlrecht.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In verflossener Nacht haben Einbrecher in einem Kontor in der Emilienstraße versucht, einen Geldschrank zu öffnen, was ihnen nicht gelungen ist. Am Tatort ließen die Einbrecher eine Anzahl Einbrecherwerkzeuge zurück. Darunter befinden sich zwei neue Stechbeitel, die im Bureau der Kriminalpolizei aufbewahrt werden. Es dürfte nicht ausgeschlossen erscheinen, daß die beiden Stechbeitel aus einer Werkstatt gestohlen worden sind.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Sonntag, den 15. Oktober, nimmt das Segommer-Gastspiel sein Ende und scheidet damit die in jeder Beziehung ausgezeichnet zu nennende Künstlerschar von uns. Wer dieselbe noch nicht gesehen, hat noch Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen.— Am Montag bleibt das Theater, wegen Vorbereitung zu dem am Dienstag, dem 17. Oktober, beginnenden Gastspiel des Original-Parisianas geschlossen. Diese Gesellschaft, welche bereits in der letzten Saison bei uns war, hat inzwischen an den größten deutschen Varietes gastiert und überall ihren Ruf befestigt. Bis auf weiteres stehen vier französische Einakter allabendlich auf dem Spielplan, die auch hier den größten Beifall finden dürften.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als erste Volksvorstellung in dieser Spielzeit die lustige Gesangsposse „Kyritz-Pyritz" von Wilken zur letzten Wiederholung. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. pro Person auf allen Plätzen; dazu 10 Pfg. für Garderobe. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Billetts findet heute, Sonnabend, von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. — Sonntag abend 8 Uhr kommt Millöckers reizvolle Operette „Der Bettelstudent" nochmals zur Aufführung. Als Laura wird die Operetten-Sängerin Fräulein Braun vom Hamburger Operetten-Theater, welche hier bereits als „Dollarprinzessin" großen Erfolg erzielte, gastieren. — Am Montag kommt Meyerbeers große Oper „Der Prophet" zur Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag geht Schönherrs packendes Schauspiel „Glaube und Heimat" nochmals in Szene.

e **Stockelsdorf.** Eine ländliche Submissionsblüte. Am 11. Oktober 1911, also Mittwoch abend, wurden vom hiesigen Kirchen-Kollegium die Offerten der Tischlerarbeiten für die Kirchhofskapelle und Leichenhalle verlesen: Bauunternehmer H. Schwartz-Fackenburg 450 Mk., Tischlermeister Wackenhut-Fackenburg 985 Mk., Bauunternehmer W. Möller jr.-Stockelsdorf 965 Mk. Herr H. Schwartz-Fackenburg bekam den Zuschlag.

Gr. Parin. Eine Volksversammlung findet hierselbst am Sonntag abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Dettmann statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stelling-Lübeck über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Bei der Wichtigkeit des Themas ist zu erwarten, daß die Einwohner zahlreich in dieser Versammlung erscheinen.

Eutin. Die Niederlage der Agrarier ist besiegelt. Bei der gestrigen Landtagsnachwahl im nördlichen Wahlkreis siegte der Genosse Rebenstorf und der Liberale Steenbock. Es erhielten: **Rebenstorf 2794** (1901), Steenbock 2990 (1167), von Levetzow 2408 (1791) und Mahlstedt 2457 (1422) Stimmen. Die eingeklammerten Zahlen sind die der Hauptwahl. Das Resultat ist um so erfreulicher, als die Gegner mit allen erdenklichen Mitteln gegen uns gearbeitet haben. Auf dem Lande hatten sie das Gerücht verbreitet, Genosse Rebenstorf hätte sich erhängt. Unser Freund lebt aber heute noch und freut sich mit uns des Sieges. Es hat alles nichts genutzt.

Die Wahlresultate auf die einzelnen Gemeinden stellen sich wie folgt:

	Rebenstorf	Steenbock	v. Levetzow	Mahlstedt
Eutin, Stadtgemeinde I.	264	423	249	275
„ „ II.	597	583	329	368
Landgemeinde Eutin . . .	380	378	318	318
Neukirchen	233	235	161	157
Malente	521	552	235	220
Redingsdorf	94	98	138	140
Bosau	243	246	299	296
Siblin	143	152	229	235
Gleschendorf	143	145	218	219
Süsel	166	178	232	229
Summa	2794	2990	2408	2457

Kiel. Die Schonerjacht „Nordstern" überfällig. Man ist hier in großer Besorgnis über das Schicksal der dem Geheimrat Harries gehörenden Schonerjacht „Nordstern", der früheren kaiserlichen Jacht „Meteor III". Geheimrat Harries hatte mit seiner Familie an Bord der Jacht eine Mittelmeerfahrt gemacht und sie am 26. September in Gibraltar verlassen. Seitdem fehlt jede Nachricht von dem Schiff. Alle telegraphischen Erkundigungen bei den Küstensignalstationen sind bisher erfolglos gewesen. An Bord der Jacht befinden sich 28 Mann.

Angeln. Von der Maschine zermalmt. Das bei dem Landmann Peter Dierckſen in Geel in Dienst befindliche Mädchen Anna Stöckner geriet in das Getriebe der Dreschmaschine und wurde sofort getötet. Das Unglück konnte dadurch geschehen, daß die Leute, um die Maschine nachzusehen, die Sicherheitsverkleidung entfernt hatten.

Grevesmühlen. Arbeiter, Achtung! Bei der Überland-Zentrale haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt wegen Lohndifferenzen. Den Arbeitern sollte der Lohn von 40 auf 38 Pfg. verkürzt werden. Wir ersuchen, den Zuzug nach Grevesmülen streng fernzuhalten, damit es gelingt, die Lohnreduzierung zurückzuweisen!

Rostock. Eine verpönte Frage. Die Rostocker Stadtverordneten wollten an die ihnen präsentierten Magistratskandidaten die Frage richten, ob sie sich ehrenwörtlich verpflichten würden, im Falle ihrer Wahl nach zehnjähriger Amtsdauer sich einer Neuwahl zu unterziehen. Der Magistrat verbot diese Fragestellung bei Androhung einer Strafe von 300 Mark. Die Regierung trat auf die Seite des Magistrats, der die Wahl der Magistratsmitglieder auf Lebenszeit vornehmen lassen will. Unter Vorantritt unserer Genossen erfolgte aber Obstruktion durch Verlassen des Saales, so daß die Versammlung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden mußte.

Warnemünde. Schiffszusammenstoß. Die Dampffähre „Prinzessin Alexandrine" der Route Warnemünde—Gjedser, die den Schnellzug Kopenhagen—Berlin an Bord hatte, ist gestern früh bei unklarem Wetter mit dem Hamburger Dampfer „Haparanda" zusammengestoßen. Die Fähre wurde am Bug stark beschädigt, konnte aber die Reise fortsetzen und traf mit einer Verspätung in Warnemünde ein. Der Dampfer „Haparanda" erhielt ein großes Leck an der Wasserlinie und kehrte nach Kiel zurück.

Harburg. Ein jugendlicher Falschmünzer wurde in der Person eines Schuljungen angehalten und bei der Polizei abgeliefert. Der Knabe bot in einer Milchtrinkhalle einem Mädchen ein Einmarkstück zum Wechseln an, wofür ihm zwei Fünfzig-Pfennigstücke überreicht wurden. Kaum war der Junge verschwunden, so bemerkte das Mädchen, daß es ein falsches, äußerst ungeschickt angefertigtes Geldstück bekommen hatte. Der Knabe wurde verfolgt und gefaßt. Er gab sofort an, daß er das falsche Geldstück selber hergestellt hatte. Nach dem rohen plumpen Aussehen des Geldstückes zu urteilen, ist es wohl anzunehmen, daß er das Falschstück selbst angefertigt hat.

Oldenburg. Bei den Nachwahlen zum oldenburgischen Landtage siegten im dritten Wahlkreis (Eversten, Ohmstede) **Behrens** (SD.) mit **2030** Stimmen gegen den fortschrittlichen Kandidaten; **Kleen** (SD.) mit **2029** Stimmen und 15 Stimmen Mehrheit über den Fortschrittlichen. Im siebenten Wahlkreis siegten Gemeindevorsteher Gerdes (Fortschrittl.) mit 3409 Stimmen und Landwirt Schipper (Fortschrittl.) mit 3368 Stimmen. Weiter wurden gewählt: im elften Wahlkreis Landwirt Tantzen (Fortschrittl.) mit 2224 Stimmen, im fünfzehnten Wahlkreis (Delmenhorst) Expedient **Jordan** (SD.) mit **1174** Stimmen und 20 Stimmen Mehrheit über den Nationalliberalen. Insgesamt verfügt unsere Partei jetzt über **12** Sitze von 45 Abgeordneten. Es geht vorwärts!

Bremen. Der Kampf der Brauereiarbeiter ist erfolgreich beendet worden. Die Vertreter der Brauersozietät (Brauereien) machten verschiedene Zugeständnisse, die von den Streikenden akzeptiert wurden. Zugleich wurde der Bierboykott aufgehoben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonder-Angebot Sonnabend, Sonntag, Montag

zu Ausnahme-Preisen Schuhwaren

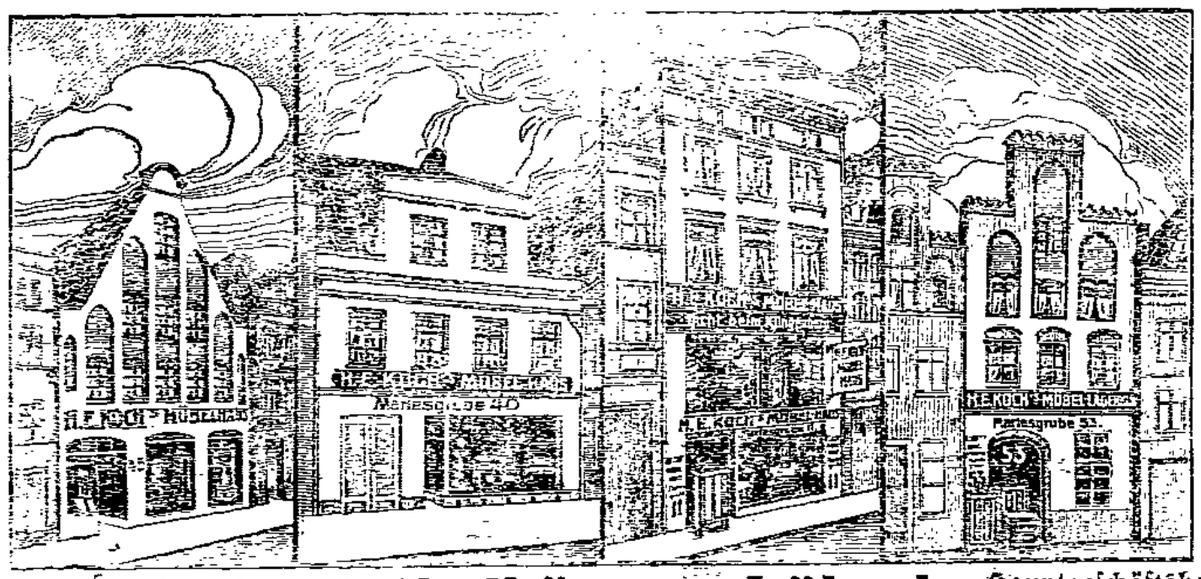
Damen-Roßleder-Schnürstiefel .....
Damen-Wildbox-Schnürstiefel .....
Herren-Spaltleder-Schnürstiefel .....
Paar: **4.50** Mark

Damen-Chevrette-Schnürstiefel .....
Damen-Boxkalf-Schnürstiefel .....
Herren-Rindbox-Schnürstiefel .....
Paar: **5.90** Mark

Damen-Chevreau-Schnürstiefel .....
Damen-Rindbox-Schnürstiefel .....
Herren-Boxkalf-Schnürstiefel .....
Paar: **7.25** Mark

RUDOLPH KARSTADT.

Möbel-Kataloge gratis und franko.



Telephon 1350.

H. E. Kochs Möbelhäuser, Lübeck, Hauptgeschäftshaus Marlesgrube 45,

sind für **vorteilhafte und prompte Möbellieferungen** und besonders **gute Aussteuern** als am **leistungsfähigsten** bekannt und zwar nicht für Lübeck allein, sondern auch für nähere und weitere **Umgebung** in **Mecklenburg, Lauenburg, Holstein** u. s. w. (Lieferung mit eigenem Gespann frei.) **„Ganze Aussteuern"** sind zu allen gewünschten **Preisen** vorrätig und **sofort lieferbar.**

„Schlafzimmer" sind in **„echt"** u. **„gemalt"** in sehr großer **Auswahl** vorrätig u. bilden eine **Spezialität** und besondere **Abteilung** des Geschäfts. **„Echt eichen Schlafzimmer"** mit **Glas und Marmor** z. B. können Sie schon zu **250 Mk.** kaufen; **Mahagoni** ff. gestreift u. poliert, welche sehr **bevorzugt** werden, kosten nur **350 Mk.** und **370 Mk.** komplett.

„Gemütliche Wohnzimmer" in **echt Eichen und Nußbaum** mit **Büfetts,** zugleich als **Speisezimmer** zu verwenden, werden heute aus **praktischen Gründen** am liebsten genommen, diese sind zu **allen Preisen vorrätig** und **sofort lieferbar.**

„Stühle! Stühle! Stühle!" sind kürzlich **2 große Doppelladungen** eingegangen und für **jedes Zimmer passend** vorrätig. **Erwähnenswert** sind die vielen Sorten **Eichen Stühle** für **Speisezimmer, Herrenzimmer,** aber auch für **Diele, Küche** ꝛc. **zu allen möglichen Preisen. Klubsessel! Salonsessel! Schaukel** ꝛc.

Kauft man von
Norden, Süden, Osten, Westen
es bleiben
Duves Betten
doch die besten.
L. Duve, Grosse Burgstrasse 32.

Fertige
Anzüge — Ulster

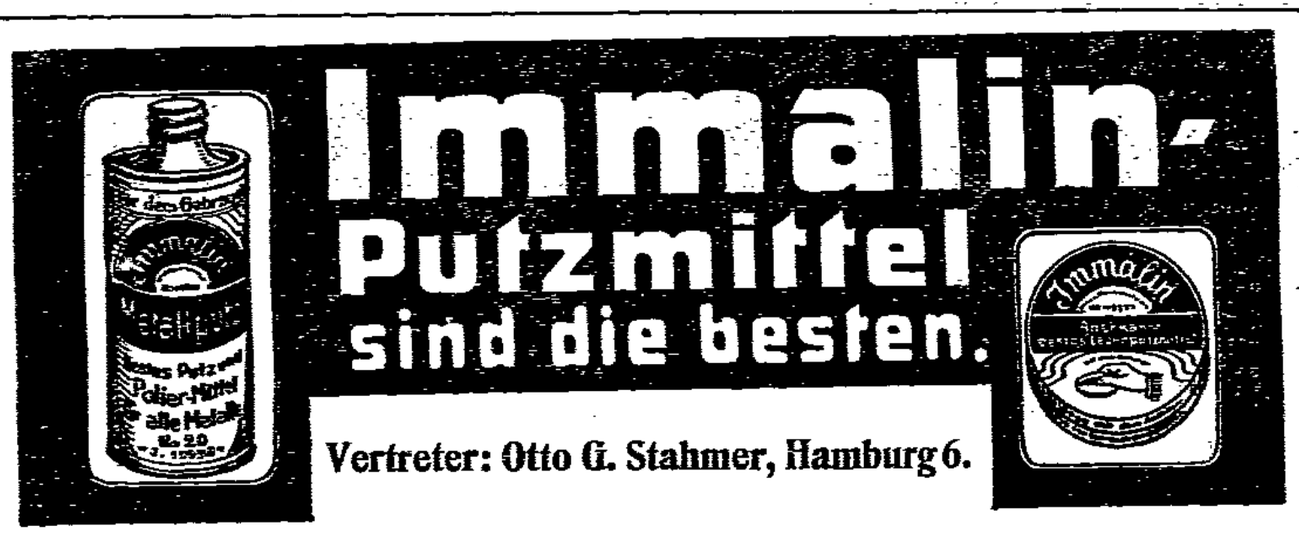
hochelegant v. **12—50** M. neueste Form **15—48** M.

Loden-Joppen	Winter-Paletots
mit und ohne Falten, kolossal billig	für Herren in großer Auswahl
5.50 6.75 7.50 8.50 bis 24.00 M.	9.00 15.00 21.00 28.50 bis 48.00 M.

Knaben-Joppen von 2.50 M. an. Wollwesten. ▪ Sweater.
Knaben-Paletots von 3.00 M. an. Unterhosen u. Hemden enorm billig.

Albert Rieß vormals **Louis Levy** Klingenberg 5.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.



Herz- und Nervenkranke

sollten nur noch Gesundheitskaffee

„Mokasan"

trinken.

Zu haben das Pfund zu 70 Pfg. in Lübeck bei:

Fritz Kruse, Schüsselbuden 32.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11.
Ed. Speck, Hüxstraße 80/82.
J. H. F. Beutin, Hüxstraße 42.
H. Beckmann, Engelsgrube 51.
Joh. Kock, Fischergrube 90.
W. Dreyer, Engelswisch 41.
H. Menges, Marlesgrube 20.
R. Brincker, Hüxtertor-Allee 5.
H. Arfft Nchfg., Morkerkestr. 13a.
B. Grube, Lachswehr-Allee 25.
F. J. Behm, Hansastraße 97.
Carl Schmidt, Lindenstraße 37a.
C. D. Dürkop, Steinraderweg 11a.
Johs. Schröder, Ziegelstraße 14.
Carl Trost Nchfg., Fackb. Allee 55c
L. Weimann, Maiblumenstr. 6-8.
Johs. Timm, Schwart. Allee 131a.
W. Berend, Brockesstraße 20.
W. Süfke, Warendorpstraße 25.
H. Staaß, Fiedenstraße 49.
J. Schmitt, Friedenstraße 66.
J. Böttcher, Reiferstraße 43.
H. Holst, Wickedestraße 53.
Fr. Kock, Wickedestraße 52.
G. Hartkopf, Adlerstraße 38.
Gebr. Begasse, Uhlandstraße 7.
Rich. Bening, Kronsf. Allee 6a.
Chr. Ulrich, Geniner Straße 33.
O. Höpfner, Roeckstraße 16.
C. Hudoffsky, Marlistraße 44.
Johs. Wichmann, Elswigstr. 3.
Delikatessenhaus „Hansa", Hüxstraße 113.

In Ravensbusch: A. Steen. In Schwartau: H. Hildebrandt.
In Travemünde: J. U. Kröger, Karl Schnoor.
In Schlutup: H. Thielbar, M. Kranz, P. Marquardsen.
In Bad Oldesloe: Karl Manzel, H. Buchwaldt, W. Warncken, Paul Peters, L. Busse Nchfg., G. Raude, J. H. Buck.

General-Vertreter für Deutschland:
H. Scholl & Co., Cassel.
Vertreter für Lübeck und Umgegend:
Johannes Franböse-Lübeck. Fernspr. 2085.

Einmaliger großer **Gelegenheitskauf** für nußbaumfarbige

Walzen-3-Sprossen-Rohrstühle aus Buchenholz, sehr stark, Lieferung in etwa 14 Tagen — Ende dieses Monats — nach Eintreffen der großen **Doppelladung** und **soweit Vorrat, ca. 80 Dutzend. Großkonsumenten, Möbelgeschäfte, Hotels, Restaurateure und Pensionshäuser** werden besonders **aufmerksam** gemacht.

Preise ab Waggon 42 Mark per Dutzend
„ frei Haus 44 „ „ „
„ per Stück 4 „ sonst 5 Mark
} netto Kasse.

Bei Abnahme von 3 bis 5 Dutzend 5 Prozent und bis 10 Dutzend 7½ Prozent billiger.

Probestuhl steht zur gefl. **Ansicht** im Hauptgeschäftshaus Marlesgrube 45 von

H. E. Kochs Möbelhäuser aus.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 241. Sonnabend, den 14. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Der Arbeiter darf auf keinen Fall satt zu essen bekommen!

In den nächsten Tagen werden sich wieder einmal in einem der vornehmsten Berliner Hotels Industrieherren des Deutschen Reiches treffen. Der Bund der Industriellen hat eine Sitzung einberufen, die sich im besonderen mit dem, dem zusammentretenden Reichstag vorzulegenden Heimarbeitsgesetzentwurf der Regierung befassen will.

Bekanntlich war bei der ersten Kommissionslesung des Heimarbeitsgesetzes eine Mehrheit — Sozialdemokratie, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung und Freisinn — für Einführung von Lohnämtern. Durch raffinierte Kommissionsbeschickungspolitik war der Beschluß dann allerdings in der zweiten Lesung wieder umgestoßen worden. Die oben angeführte Zusammensetzung der Kommissionsmehrheit läßt erkennen, daß auch im Plenum die Majorität für Lohnämter gewesen wäre. Wie jetzt die rechtsstehenden Blätter mit Wut und Bedauern mitteilen, soll die Regierung beabsichtigen, den Heimarbeitsgesetzentwurf tatsächlich noch mit Lohnämtern auszustatten und so dem Reichstag in seiner Herbstsession zur „positiven" Arbeit vorzulegen. Die „Kreuzzeitung" spuckt natürlich schon wieder Vaterlandsgefahr und schreibt sofort; „die Regierung . . . beabsichtigt, mit Hilfe dieser Konzession die sonst wohl aussichtslose Heimarbeitsvorlage — also unter „positiver" Mitwirkung der Sozialdemokratie — unter Dach und Fach zu bringen." Das wäre ja das schlimmste, was den rechtsstehenden Parteien passieren könnte, wenn die Regierung, ihre Regierung — diese allerdings wohl mehr aus hartem Muß als aus innerem Bedürfnis — jetzt, so kurz vor den Wahlen noch eine positive Leistung zustande brächte, die auf Andrängen der Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Elemente erreicht worden wäre. Deswegen geht sie auch, im trauten Bunde mit der „Täglichen Rundschau" zu einem wütenden Kampfe gegen diesen „Anfang des sozialdemokratischen Endziels" vor. Die „T. R." zeterte vor einigen Tagen: „Die gesetzliche Festlegung des Lohnminimums ist — man mag ihr aus rein menschlichen Gründen noch so gern zustimmen wollen — das vorderste der spezifisch sozialdemokratischen Resultate. Sie ist der erste Schritt auf einem Wege, dessen Ende unabsehbar ist". Und dies anständige Organ belfert gegen eine Forderung, deren Berechtigung sie in demselben Artikel wie folgt begründet: „Daß die Lage der Heimarbeiter eine geradezu menschenunwürdige und unerträgliche ist, braucht hier nicht abermals dargelegt zu werden. Die auch von uns besprochene Ausstellung für Heimarbeit wies Lohnsätze auf, welche diese Kategorien von Arbeitern, in der Mehrzahl aber Arbeiterinnen und Jugendlichen, notwendig auf den Weg der Schande oder des Verbrechens treiben."

Trotzdem will die T. R. keine Mindestlöhne. Warum? Sie weiß es wohl selbst nicht, trotzdem behauptet sie, einmal zwinge der sozialdemokratische Geruch, und zum anderen die Unmöglichkeit, den Unternehmern zuzumuten, anständige Mindestlöhne zu zahlen, zur Ablehnung solcher Dinge!

Die „Kreuzzeitung" gibt sich nicht mit Lamentieren zufrieden. Sie fordert die Regierung dazu auf, die in sozialdemokratische Hände geratenen Unternehmer des Bundes der Industriellen, die zugleich noch von — man denke! — dem nationalliberalen Dr. Stresemann zur Begeisterung für Lohnämter hypnotisiert seien, vor dem Sturz in ihr selbstgewolltes Verderben zu retten. Dies heißt natürlich, auch gegen die Notwendigkeit und den Wunsch auch der Arbeitgeber darf keine Kontrolle der Mindestlöhne aufkommen, denn sonst könnte ja einmal der Moment eintreten, in dem die Agrarier ihren Landarbeitern menschenwürdige Löhne zahlen müssen, und das darf doch nicht passieren. Sie erklärt deswegen kurz und bündig: „Wir sind der Meinung, daß der kurzsichtige Plan für die Regierung unbedingt nicht diskutierbar sein darf." Nun abwarten, ihr Ritter vom Spiritusgeiste, da hat das Volk auch noch ein Wörtlein mitzureden!

Das Verbrechertum als Verbündeter der französischen Regierung im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung.

Die Geschworenen des Seine-Departements verhandelten kürzlich gegen die „revolutionären jungen Garden", die die „revolutionäre Sicherheitspolizei" organisiert und auf der Redaktion der „Guerre Sociale" die Lockspitzel Bled und Metivier entlarvt haben. Auf der Anklagebank saßen sechs Angehörige der revolutionären Organisation, darunter der Redakteur der „Guerre Sociale", Almereyda. Die Anklage beruhte auf den nachträglichen Beschuldigungen der Spitzel, daß man sie während ihres unfreiwilligen Aufenthalts auf der Redaktion dieses Blattes mit Revolvern bedroht und mißhandelt habe. In ihren schriftlichen Geständnissen wird das Gegenteil bezeugt. Die Anklage lautete auf Einschränkung der persönlichen Freiheit und Verletzung des Hausrechts — durch eine bei Bled ohne sein Wissen vorgenommene Hausdurchsuchung. Zwei weitere, in die Strafverfolgung einbezogene Personen, die Redakteure der „Guerre Sociale", Merle und Perceau, sind aus Belgien, wohin sie sich, um das Weitererscheinen der „Guerre Sociale" zu sichern, geflüchtet haben, nicht zurückgekehrt. Vier der Angeklagten, die gleichfalls in Belgien waren, stellten sich zur Verhandlung dem Gericht.

Es sei vorausgeschickt, daß sämtliche Angeklagten freigesprochen wurden. Der Redakteur Almereyda konnte nachweisen, daß Metivier bei Legung einer Bombe in dem Hause eines Pariser Gemeinderatsmitgliedes beteiligt war und von der Pariser Polizei ein Monatsgehalt bezog. Diese Feststellung wurde nach der Verlesung der Aussage des Hauptzeugen Metiviers, der bezeichnenderweise nicht erschienen war, gemacht. Almereyda legte zunächst dar, wie Metivier vor Jahren von Clemenceau angeworben wurde, um über die Tätigkeit der politischen und Gewerkschaftsorganisationen Berichte zu liefern: „Wir wußten aber, daß er auch ein Lockspitzel sei. Wir wußten, daß ihm die Manifestation von Villeneuve-Saint-Georges zu danken war, wo es 3 Tote und 300 Verwundete gab. Wir wußten, daß dank ihm beim Färberstreik der Zusammenstoß von Clichy stattfand, bei dem Streikende und Polizisten einander massakrierten. Aber ich liefere den Beweis, daß er es war, der zur Zeit des Eisenbahnerstreiks die Bombe bei dem Redakteur der „Patrie" und Gemeinderat Massard niederlegte und so die Verhaftungen und Verfolgungen des Herrn Briand provozierte. Hier das Dokument:

Und unter ungeheurer Spannung las Almereyda:

„Ich weiß über die Petarde Massard Bescheid, die während des Eisenbahnerstreiks platzte. Ich verpflichte mich, darüber Schweigen zu bewahren. Ich bekenne, am Legen der Petarde teilgenommen zu haben.

Metivier."

Die Verlesung dieses Schriftstücks machte einen gewaltigen Eindruck auf das Gericht. Der Vorsitzende aber sagte mit gewichtiger Stimme:

„Kraft meiner diskretionären Gewalt erkläre ich dieses Schriftstück für in Beschlag genommen. Meine Herren, Sie haben einen Verbrecher angezeigt. Wenn die Tatsachen, die in diesem Schriftstück berichtet werden, wahr sind, haben Sie der Gesellschaft einen Dienst erwiesen und die Justiz dankt Ihnen durch meinen Mund!"

Welche Tragweite Almereydas Enthüllung hat, braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden. Metivier hat also nicht nur Clemenceau, sondern auch Briand gedient und diesem den Vorwand für seine Gewaltpolitik geliefert. Ein neuer Lichtschein fällt auf die dunkeln Vorgänge des Eisenbahnerstreiks, der bekanntlich in einem für die Eisenbahner ungünstigen Augenblick, gegen den Willen des gewählten Generalstreikkomitees, eingeleitet wurde. Briand hatte damals als Ordnungsretter Diktatorgewalt erlangt — mit Hilfe des Bombenmannes Metivier! Die weiteren Zeugenaussagen im Prozeß ergaben daß Bled und Metivier Polizeispitzel waren. Mehrere Journalisten, die zur Entlarvungsszene nach der Redaktion der „Guerre Sociale" eingeladen worden waren, bezeugen, daß die entlarvten Spitzel durchaus nicht den Eindruck von Leuten machten, denen Gewalt angetan worden wäre.

Nach dieser für die Polizei und die Minister Clemenceau und Briand blamablen Verhandlung blieb den Geschworenen nichts anderes übrig, als die Angeklagten freizusprechen.

Die bürgerliche Presse, die seinerzeit über den Eisenbahnerausstand und über die Entlarvung der Spitzel das Blaue vom Himmel heruntergelogen hat, um die Bewegung der französischen Eisenbahner zu diskreditieren, bringt in der Hauptsache nur das Urteil. So viel Ehrlichkeit kann sie nicht aufbringen, auch die sonstigen Ergebnisse des Prozesses zu berichten. Verleumden ist eben leichter als ein ehrlicher Kampf.

Aus der Partei.

Der „Vorwärts" vor Gericht. Eine Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Genossen Barth, die schon einmal das Gericht beschäftigte, aber vertagt wurde, kam zur erneuten Verhandlung vor der ersten Strafkammer. Barth ist wegen Beleidigung des Sergeanten Schmanns vom 2. Garderegiment zu Fuß angeklagt. Den Strafantrag hat der Regimentskommandeur gestellt. Die Beleidigung soll begangen sein durch die angeblich unwahre Mitteilung in einer am 18. Januar veröffentlichten Lokalnotiz, worin gesagt wird,

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Er verband damit die Absicht, auch sie endlich zu Reden zu bringen, denn schließlich kannte sie Emmerich doch länger als er. Und wenn er das Drohende für später auch schon kommen sah, so konnte er doch jetzt schon gehörig ablenken.

„Allerdings haben wir es lebhaft bedauert", sagte sie endlich ohne jede Spur von Freundlichkeit, „aber man kann sich wohl damit trösten, daß Sie Ihren Humor dabei nicht verloren haben."

„Aber den Mut, mein Gastspiel fortzusetzen", sagte Emmerich und warf nun grollend die Handschuhe in den Hut.

„Sagten Sie nicht gestern, Sie hätten andere Absichten?" fragte Frau Frobel, in der sich in diesem Augenblick starkes Mitleid mit ihm regte.

Emmerich lachte auf. „Mit der Gesangschule? Kein Mensch wird zu mir kommen, nicht einmal ein Idiot. Bei dem Kerl lernt man doch nichts, werden die Berliner sagen. Und sie haben recht. Wenn man erst so unten durch ist..." Er fand es warm im Zimmer, bat die „Gnädige" um Entschuldigung und streifte sich flugs den Pelz ab, den er über einen Lederstuhl legte. Es war dasselbe: nur auf zwei Minuten, nur auf zwei Minuten!

Frau Frobel sah ihren Mann an, und dieser erwiderte den Blick mit einem Ausdruck in seinen glanzlosen Augen, wie ihn manchmal abbittende Kinder zeigen. Fast verging ihm vor Angst das Trompeten, so daß der schöne Dedo die Kosten der Unterhaltung allein zu tragen hatte; was er denn auch mit seinem nie versiegenden Temperament tat. Er empfand das Schweigen der beiden gar nicht. Als wäre er hier zu Hause, ging er durchs Zimmer und sagte ein über das andere Mal: „Ein prächtiges Privatkontor, geradezu herrlich. Hier also sitzt die hohe Frau und vertritt den lieben Gemahl."

Mit keiner Miene verriet er, daß ihm dieses Zimmer nicht unbekannt war; umsomehr durfte er dem Alten zu verstehen geben, wie wenig fremd ihm Frau Frobels Einfluß auf das Geschäft geblieben sei.

„Aber Sie waren doch schon mal hier, nicht wahr?" bemerkte Dietrich sorglos, worauf ihm seine Frau sofort ins Wort fiel: „Nein, da irrst du dich. Herr Emmerich war noch nicht hier."

„Ja, aber sagen Sie mal Bester. Sie sprachen doch vorhin von dem großen Kontor," trompetete Herr Frobel wieder und starrte zu Boden, als müßte von dort die Aufklärung kommen.

Der schöne Dedo lachte ihn aus. „Aber Verehrtester, Bester! Soll ein großes Kaufmannshaus nicht auch ein großes Kontor haben?"

„Das ist doch einfach genug," sagte Frau Frobel wieder, ein wenig blaß geworden; denn deutlich hatte sie wieder den Abend vor Augen, an dem sie vor zehn Jahren Emmerich hier allein empfing, nachdem hinten bereits alles menschenleer war. Nur Herold hatte wie gewöhnlich noch nebenan gearbeitet, weil sie wenigstens einen Menschen in der Nähe haben wollte, falls sie eines Zeugen bedurfte.

„Aber natürlich doch, natürlich doch," rief Herr Frobel vergnügt aus, meckerte sein Lachen hervor und schlug sich wie die liebe Einfalt vor die Stirn. „Gewiß muß ein Kaufmannshaus auch ein Kontor haben. Warum auch nicht? Pourquoi pas? Entschieden muß das so sein."

Und über sich selbst kopfschüttelnd, stelzte er umher und ließ seine trockenen Beine knacken, ganz wieder in der Verfassung eines Kindischen, mit dem nicht mehr zu streiten ist.

In diesem Augenblick, als Frau Frobel schon bereit war, Emmerich zum Platznehmen einzuladen, weil sie seine Verschwiegenheit zu schätzen wußte, öffnete Günther die Tür und steckte den Kopf herein; und als er außer dem fremden Herrn auch seinen Vater erblickte, wagte er sich näher, bevor ihm Frau Frobel noch den nötigen Wink geben konnte. Mit freundlichem Gesicht machte er seine Verbeugung vor Emmerich, dann trat er mit einer geschäftlichen Mitteilung sofort auf seine Mutter zu. Und schon wollte er sich mit derselben Höflichkeit wieder entfernen, als Dietrich, von Stolz erfüllt bei seinem Anblick, es sich nicht verkneifen konnte, ihn dem Sänger vorzustellen. Und er sah nicht den Zornesblick seiner Frau, der ihn auf alle Fälle in Asche verwandelt haben würde, wenn er hätte zünden können.

„Ei, ei, der Herrlichste von allen, von dem die Mär schon weit in die Lande geht," sang der schöne Dedo sofort seine Begrüßungsarie, durchaus nicht verblüfft durch diese Überraschung. Denn noch waren ihm die Briefe im Gedächtnis, die ihm Ernestine in den ersten Lebensjahren dieses Knaben geschrieben hatte, bauend auf seine freundschaftliche Anteilnahme an ihrem Geschick; bis dann seine Entpuppung kam und mit ihr der unheilbare Riß. Mit ausgestreckten Armen eilte er auf ihn zu, bereit, ihn mit den Worten „der reine Apoll, der reine Apoll!" an seine Brust zu schließen. Aber Günther, fast gestochen von dem Namen Emmerich, wich ihm mit Gemessenheit aus, verneigte sich steif und förmlich und ging, ohne die Hand zu beachten, ernst und stolz hinaus.

Durchaus verblüfft, in der Pose eines lebenden Bildes, blickte ihm Emmerich nach; und er bekam erst die Sprache wieder, als Herr Frobel sich verpflichtet fühlte, die peinliche Pause mit der entschuldigenden Bemerkung auszufüllen, daß es eine gewisse Scheu seines Sohnes vor fremden Menschen sei, wozu wohl auch die dringende Beschäftigung jetzt vor Weihnachten komme.

Emmerich fand jedoch sofort das Richtige. „Nein, nein — der hat etwas gegen mich, mein Verehrter. Das können Sie mir nicht ausreden", dröhnte er los und griff gewissermaßen entrüstet nach seinen Pelz, ließ ihn aber sofort wieder fahren.

„Er denkt nicht daran, mein Mann hat recht," redete sich auch Frau Frobel gelassen aus, obgleich ihr die Aufregung noch in allen Gliedern lag. Etwas Rätselhaftes war hier geschehen, das fühlte sie, obgleich ihr nichts Angenehmeres hätte passieren können.

„Überhaupt scheinen all die lieben Kindlein etwas gegen mich zu haben," meldete sich Emmerich wieder und sandte diesmal einen Blick auf Frau Frobel, in dem so etwas wie verhaltener Zorn lag.

„I wo, i wo," lachte Herr Frobel hervor. „Das bilden Sie sich nur ein, mein Lieber. Aus welchem Grunde denn nur? Pourquoi? Weißt du's mein liebes Tinchen?"

„Doch, doch, verehrter Freund," schauspielerte Emmerich weiter. „War's nicht gestern mit Ihrem Herrn Ältesten genau ebenso? Er schnitt mich ja geradezu am Tische. Herrschaften, womit hat euer alter Freund denn das verdient?"

Herr Frobel lachte wieder besänftigend. „Unser guter Gerhard? Der? Da sind Sie erst recht auf falscher Fährte. Ganz und gar. Der redet überhaupt nicht viel. Namentlich wenn ich dabei bin. Nicht wahr, liebes Tinchen? n'est-ce pas?"

Frau Frobel nickte. Sie bat um Entschuldigung, setzte sich wieder an ihren Schreibtisch, klingelte die Hausleitung an und markierte ein eifriges Telephongespräch mit Frau Doktor. „. . . Ja, ich komme sofort," rief sie laut in den Mundtrichter. „Lassen Sie die Modistin nur warten. In einer Minute bin ich da." Das war so ihre Gewohnheit, lästige Besuche abzukürzen.

„Nun müssen Sie aber auch einmal unser Geschäft sehen, bevor Sie gehen," sagte Herr Frobel plötzlich mit hellem Kopfe, aufgestachelt durch den feinen Kniff seiner Frau.

(Fortsetzung folgt.)

ein Fahnenträger (das ist der Sergeant Schmanns) habe einen vor einer marschierenden Truppe tänzelnden 9—10jährigen Knaben dermaßen geohrfeigt, daß sich der Knabe mehrere Male überschlug. Die Beweisaufnahme drehte sich hauptsächlich darum, ob der Sergeant den Knaben geschlagen und ob dieser infolge des Schlages oder aus anderer Ursache gefallen ist. Drei Soldatenzeugen standen vier Zivilisten gegenüber. Die Soldaten bekundeten, daß der Sergeant den Knaben zur Seite geschoben habe; dieser sei hingefallen, weniger infolge der Berührung durch den Sergeanten, als infolge seiner eigenen Bewegung. Demgegenüber gaben die Zivilzeugen aufs bestimmteste an, daß der Junge infolge des Schlages gefallen sei. Der Vorgang habe beim Publikum lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Das Urteil lautete, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, auf vierzehn Tage Gefängnis. In der Begründung wird gesagt: Die Behauptung, der Sergeant Schmanns habe den Knaben geohrfeigt, daß er sich mehrmals überschlug, sei nicht erwiesen. Dadurch sei der Sergeant beleidigt. Berechtigte Interessen habe der Angeklagte nicht wahrzunehmen gehabt. Es frage sich, ob auf Geld- oder Gefängnisstrafe zu erkennen sei. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß der Vorgang im großen und ganzen im „Vorwärts" richtig geschildert sei. Da aber in der Notiz eine Tendenz zum Ausdruck komme, die gegen das Militär gerichtet sei, so habe sich das Gericht nicht zu einer Geldstrafe entschließen können. — Es kommt jedenfalls nicht häufig vor, daß ein Gericht ein Urteil in so deutlicher Weise selbst als Tendenzurteil charakterisiert.

Jetzt verreck, du roter Hund! Ein gemeiner Überfall ist auf den Brauereiarbeiter Kurrer in Konstanz verübt worden. Er erhielt Ende voriger Woche, als er nachts 1 Uhr von einer Sitzung des Konstanzer Gewerkschaftskartells nach Hause ging, von einem bis jetzt unbekannten Individuum mehrere Stiche in die Wangen und in die Stirne. Ein zweites Individuum suchte Kurrer zu halten, als der Messerheld zum entscheidenden Stoß auf die Herzgegend ausholte. Nur dem Umstand, daß das Messer an einem Notizbuch, das Kurrer in der linken Seitentasche trug, abprallte, hatte der Überfallene die Erhaltung seines Lebens zu danken. Das Notizbuch war nämlich völlig durchbohrt und Kurrer wurde noch die Haut verletzt. Als er durch die Wucht des Stoßes — der Überfall erfolgte auf freier Straße, unweit eines Vorortbahnhofes — in einen mit Schlamm gefüllten Graben fiel, sagte der eine von den Attentätern: „Jetzt verreck, du roter Hund! Darauf nahmen die beiden Helden Reißaus. Da Kurrer sich bei der Ortskrankenkassenwahl in Konstanz im Abwehrkampfe gegen die Christlichen stark betätigte, ging der Braut unseres Genossen von christlicher Seite vor zwei Monaten eine längere Warnung zu, sie solle doch diesen roten Hund nicht heiraten. Der obige Ausruf, der den Messerstechern wohl nur ganz unbewußt entfiel, läßt es als sicher erscheinen, daß man es mit dem planmäßigen Überfall christlich organisierter Arbeiter zu tun hat. Merkwürdig ist auch, daß die Polizei keinen besonderen Eifer entfaltete, die Täter zu ermitteln. Kurrer wurde von einem Polizisten ins Spital gebracht. Der diensttuende Arzt aber bezeichnete unseren Genossen als betrunken. Dabei ist Kurrer Abstinent und hat am Abend des Überfalls zwei Flaschen Selterswasser zu sich genommen. Läge der Fall umgekehrt, dann schrie sicher die Presse aller Schattierungen über „Sozialdemokratische Mordbuben und Rowdies." So aber wird der neueste Fall christlicher Roheit völlig totgeschwiegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Eisenformer und Gießereiarbeiter in Berlin. Im Juli d. J. hatten die Eisenformer und Gießereiarbeiter Forderungen aufgestellt und beschlossen, diese dem Verband der Metallindustriellen einzureichen. Der Verband der Metallindustriellen erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Anfang September, nachdem etwa 6 Verhandlungen stattgefunden hatten, war die Sache so weit gediehen, daß sie den Versammlungen beider Parteien vorgelegt werden konnte. Nicht geregelt war nur noch die Ausschußfrage. Darüber sollten nochmals Verhandlungen sein. Die Unternehmer hatten u. a. die neunstündige Arbeitszeit (Sonnabends die achtstündige) und eine eingehende Regelung der Akkordarbeit zugebilligt. Die Versammlung der Former und Gießereiarbeiter im September hatte nach lebhafter Diskussion von einer Abstimmung Abstand genommen, weil eben noch das Resultat der Verhandlungen über die Ausschußfrage abgewartet werden sollte. Mit den Unternehmern war verabredet, daß sie gegen Ende September über die Stellungnahme der Metallindustriellen Nachricht geben sollten. Als bis zum Schluß des September sich nichts rührte, wurde eine Versammlung der Former und Gießereiarbeiter zum 6. Oktober angesetzt. Die Metallindustriellen wurden benachrichtigt, daß in dieser Versammlung Beschluß gefaßt werden würde und sie würden der Verbandsleitung ihre Stellungnahme bis zum 6. Oktober mitteilen. Die Herren erklärten sich dazu außerstande, waren aber nach einigem Zögern dazu zu bewegen, daß die Verhandlung am 7. Oktober mittags, also einen Tag nach der Formerversammlung stattfinden sollte. In der am 6. Oktober stattgefundenen Versammlung der Former und Gießereiarbeiter wurde nun angesichts dieser Situation beschlossen, daß die Versammlung vertagt wird und zwar um 24 Stunden, und daß jeder sich so vorbereiten soll, daß, wenn die Verhandlungen am Freitag kein befriedigendes Resultat ergeben sollten, in der Versammlung am Freitag abend der Streik beschlossen werden könne. Die Unternehmer eröffneten der Verbandsleitung der Metallarbeiter, daß die Versammlung der Gießereibesitzer äußerst stürmisch gewesen war, daß die Versammlung sehr ungehalten war wegen angeblich zu weit gehender Zugeständnisse an die Arbeiter und daß die Versammlung der Gießereibesitzer von dem bereits durch die Kommissionsmitglieder Zugestandenen Abstriche gemacht hätte. Zu etwas gelang es ja während der nun folgenden Beratung, die Abstriche herabzumildern. Als die Versammlung der Former und Gießereiarbeiter von dieser Sachlage erfuhr, wurde beschlossen, die Zugeständnisse, weil nicht ausreichend, zu verwerfen und am andern Tage früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß ist dann auch fast vollständig zur Ausführung gelangt. Es stehen nunmehr 535 Former und Gießereiarbeiter im Streik. Bis jetzt ist eine Veränderung der Sachlage nicht zu bemerken. Der Vollständigkeit halber sei hier noch angeführt, was die Arbeitgeber in der Frage des Ausschußgusses zugestehen wollten. Der betreffende Vorschlag lautet: Ausschußguß, an dem der Akkordarbeiter nicht schuld ist, wird voll bezahlt. Ausschußguß, an dem der Akkordarbeiter schuld ist, wird nicht bezahlt. Läßt sich die Schuldfrage in Zweifelsfällen, selbst unter Hinzuziehung von Sachverständigen beider Parteien nicht feststellen, so wird der halbe Akkord bezahlt. Es verdient auch noch erwähnt zu werden, daß die Vorschläge der Arbeiter über die Art der Beilegung der Differenzen (Schlichtungskommission usw.), die sie auf Ersuchen der Arbeitgeber in der Verhandlungskommission schriftlich eingereicht hatten, vollständig und, wie die Herren erklärten, grundsätzlich von der Versammlung der Arbeitgeber abgelehnt wurden.

In der Lohnbewegung der Bielefelder Nähmaschinenindustrie ist am Mittwoch, dem 11. d. M. eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der beiden Parteien zustande gekommen, die allerdings noch der Zustimmung der Arbeiter bedarf.

Die Bergarbeiterbewegung. Am 12. Oktober fand in Oberhausen (Rheinland) eine Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen, Bergarbeiter-Verband, christlicher Gewerkverein, polnische Berufsvereinigung und Gewerkverein Hirsch-Duncker statt. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen bringen einstimmig zum Ausdruck, daß die Bergarbeiterlöhne in allen Revieren angesichts der herrschenden Teuerung durchaus zu niedrig sind. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß die Bergbesitzer auf Grund ihrer Betriebsergebnisse in der Lage sind, die Löhne ausreichend zu erhöhen. Die Vorständekonferenz ist auch einstimmig der Ansicht, daß das Bestreben der Bergbesitzer im allgemeinen Knappschaftsverein Bochum im vereinsgesetzlichen Betriebe, den Hinterbliebenen verstorbener Knappschaftsmitglieder die Hälfte auf die vereinsgesetzlichen Bestimmungen aufzurechnen, nicht berechtigt. Die Konferenzteilnehmer wollen über die gepflogenen Verhandlungen Bericht erstatten. Weiter zu unternehmende Schritte behalten sich die Organisationen vor.

Soziales.

Der Segen der Betriebskrankenkassen — für die Unternehmer zeigt sich wieder in einem Fall, der uns von Leipzig gemeldet wird: Gegenwärtig streiken in Leipzig die Lithographen. Mehrere Wochen vor Ausbruch der Lohnbewegung riet der Arzt einer Betriebskrankenkasse einem Lithographen dringend, einmal auszuspannen, sich also krank zu melden, um seine zerrütteten Nerven wieder herzustellen. Aus familiären Gründen und wegen seines Umzugs bat der Kranke, noch einige Wochen mit dem Ausspannen warten zu dürfen. Der Arzt war damit einverstanden und gab dem Kranken auf, in einigen Wochen wiederzukommen. Als der Lithograph den Arzt wieder aufsuchte, fragte ihn dieser, ob er streike. Der Lithograph bejahte dies, worauf der Arzt ihm erklärte: „Ja, dann kann ich Sie nicht krankschreiben, ich habe schon einmal Unannehmlichkeiten gehabt!" Man begreift, warum die Unternehmer an „ihren" Betriebskrankenkassen so zäh festhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine polnische Arbeiterrevolte beschäftigte kürzlich das Hallenser Schwurgericht. Blutjunge Polen im Alter von 15 bis 18 Jahren, die auf den Liegenschaften des Rittergutsbesitzers Wendenburg in Lüttchendorf und Wermsleben im Mansfeldschen beschäftigt wurden, hatten sich, durch Quälerei getrieben, verabredet, den Hofmeister Korte einmal zu verprügeln. Auf dem echt preußischen Gute des Herrn Oberleutnants W. herrschten russische Zustände. Die Polen und Galizier beschwerten sich über das Essen, beklagten sich allgemein und erhielten Prügel. 13 junge Polen hausten und schliefen in einer Stube, in der sich nur neun Betten befanden. Am Sonntag, dem 7. Mai, erschien der Hofmeister K. in aller Frühe in der Polenstube und trieb die jungen Leute mit der Peitsche aus den Betten, obwohl die Jugendlichen zur Sonntagsarbeit nicht vertraglich verpflichtet waren. Da sie sich weigerten, auf dem Hofe Mist auszubreiten, erhielten sie Prügel. Am Montagfrüh setzte es wegen einer kleinen Unterlassung noch mal Wichse. Da beschlossen die jungen Leute am Montagabend, den Aufseher, sobald er noch mal einen Polenjungen angreife, zu „verhauen". Sie nahmen ihre Feldhacken mit in die Polenstube und legten sich schlafen. Tatsächlich erschien der Aufseher am Dienstagmorgen ½5 Uhr wieder in der Polenstube und mißhandelte einen Jungen. Da auf einmal ertönte der Ruf: Hurra, Jungens, rettet mich, der Aufseher schlägt wieder. Darauf stürzten die jungen Leute auf den Hofmeister los; der 18jährige Paul Klinkow schlug ihn mit dem Eisenteil der Hacke über den Kopf, und der 17jährige Pecuch versetzte ihm mit dem Hackenstiel einen Hieb. Korte starb einige Tage später infolge der Schädelverletzung in der Halleschen Klinik. Nun waren die beiden Jungens vor dem Schwurgericht wegen Körperverletzung mit Todeserfolg angeklagt. Sie erklärten, daß sie unter Korte schwer zu leiden gehabt hätten. K. behauptete, sechs Wochen vor dem Geschehnis von dem Aufseher derartig mißhandelt worden zu sein, daß er drei Wochen nicht auf den Beinen stehen konnte, und P. will mindestens sechsmal Prügel erhalten haben. Auch der Gerichtsvorsitzende gab zu, daß der Aufseher die Peitsche zuweilen zu kräftig geführt habe. — Nebenher bemerkt, klagt der Herr Rittergutsbesitzer wegen einiger Schilderungen auf seinen Gütern gegen das „Volksblatt". — Der Staatsanwalt bezeichnete es als ein notwendiges großes Übel, daß die Landwirte angewiesen seien, Ausländer zu beschäftigen. Im Inlande fänden sie nun einmal nicht die notwendigen billigen Arbeitskräfte. Die Ausländer seien renitent und da müßte so ein bißchen mit der Peitsche nachgeholfen werden. Die Geschworenen billigten den Angeklagten mildernde Umstände zu. Darauf wurden verurteilt: K. zu einem Jahr sechs Monaten und P. zu vier Monaten Gefängnis. — Die Ausführungen des Staatsanwalts über ein Peitschenrecht gegen Arbeiter sind empörend: sie können zu fortgesetzten Gesetzesverletzungen anreizen. Die Mißhandelten hatten unzweifelhaft das Recht der Notwehr gegen ihre schamlose Behandlung. Gingen sie über die Grenzen der Notwehr in Bestürzung, Furcht oder Schrecken hinaus, so waren sie straffrei, auch wenn der bedauerliche Tod des Mißhandlers die Folge der Notwehr war. Nehme man aber auch an, Notwehr habe nicht oder nicht mehr vorgelegen, so ist doch das erkannte Strafmaß gegenüber den fortgesetzten von dem Getöteten begangenen Roheiten ein ungeheuer hohes.

Ein Erzieher in Uniform. Der Unteroffizier Dobbratz von der 3. Kompagnie des 42. Infanterie-Regiments stand am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Stettin unter der Anklage der wissentlich falschen Anschuldigung, Mißhandlung eines Untergebenen und vorschriftswidriger Behandlung. Dobbratz hatte Mitte Juli dieses Jahres einem Soldaten, der beim Turnen nicht über einen Kasten springen konnte, dadurch etwas nachzuhelfen versucht, daß er ihn zunächst längere Zeit krumm stehen ließ und ihm mehrere Schläge mit dem Spaten auf den Rücken versetzte. Das half aber nichts, dem der Mann konnte auch jetzt noch nicht das Hindernis nehmen. Jetzt griff der Unteroffizier zu einem Radikalmittel. Er stülpte den Kasten einfach über den Soldaten und ließ den Unglücklichen darunter sitzen. Und das bei einer Temperatur wie im Juli dieses Jahres, wo es in freier Luft kaum erträglich war. Der Vorgesetzte kümmerte sich nun aber gar nicht weiter um den Eingesperrten. Inzwischen rückte eine weitere Abteilung zum Turnen an, ohne daß jemand etwas gemerkt hätte. Der Soldat unter dem Kasten konnte jetzt die Last nicht mehr ertragen, und so bemerkten denn die Turnenden nach einiger Zeit, daß sich der Kasten bewegte. Sie hoben ihn sogleich auf und befreiten den Ärmsten, dem bereits übel geworden war, aus seiner qualvollen Lage. Der „edle" Menschenfreund bekam es mit der Angst zu tun. So befahl er den übrigen Soldaten, sie sollten bei einer Untersuchung angeben, sie hätten die Tat begangen und zwar lediglich aus Scherz. Die gleichen Angaben hatte auch der Angeklagte bei seiner Vernehmung zu Protokoll gegeben. Das Gericht ließ Milde walten und verurteilte den Unteroffizier zu einer Gesamtstrafe von einem Monat Gefängnis und drei Wochen strengem Arrest.

Ein Gefangenaufseher wegen Bestechung verurteilt. Die Strafkammer in Frankfurt a. Main verurteilte den Gefangenaufseher Heinrich Heimann wegen passiver Beamtenbestechung und Kuppelei zu einem Jahr Gefängnis. Er hatte im Laufe mehrerer Monate einem zu Zuchthaus verurteilten Untersuchungsgefangenen Ware und alkoholische Getränke zugesteckt und außerdem viermal nachts von 12 bis 1 Uhr die Geliebte des Gefangenen in die Zelle gelassen. Der Gefangene erhielt acht Monate wegen aktiver Beamtenbestechung und die Geliebte, eine Kellnerin, wegen aktiver Bestechung und Hausfriedensbruchs sechs Wochen Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In der Kyffhäuserstraße in Schöneberg ermordete der 28jährige Briefträger Fromm aus Lichtenrade seine Geliebte, das 22jährige Dienstmädchen Martha Ogala aus Braunsdorf in der Mark, indem er ihr den Hals durchschnitt. Er versuchte darauf sich selbst mit einem Küchenmesser zu töten. Der Mörder wurde schwer verletzt ins Schöneberger Krankenhaus gebracht. Verschmähte Liebe ist das Motiv der Tat.

Die Wertschätzung der Lehrer. Aus dem sächsischen Schulleben bringt die „Leipziger Lehrerzeitung" folgende zwei niedliche Charakterbildchen: 1. Kasernenhofton. An einer in jüngster Zeit wiederholt genannten Schule inspiziert der Direktor wieder einmal die dort eingerichtete Strafstunde. In Gegenwart der Kinder fuhr er den die Aufsicht führenden Lehrer — einen Herrn, mit dem er seit langem auf gespanntem Fuße steht — plötzlich also an: „Stehn Sie grade!" Der Kollege verbat sich das natürlich und fragte, ob sich der Herr Direktor wohl einbilde, er stehe in demselben Verhältnis zu ihm wie ein Hauptmann zu einem Rekruten. Zu seiner größten Verwunderung wurde diese Frage von dem Herrn Direktor bejaht.

Ein Kommentar könnte die Wirkung dieser lieblichen Szene nur abschwächen.

2. Neue Maßregelung. Diesmal nicht aus der Großstadt, sondern vom Lande erfahren wir, daß gegen einen Kollegen ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden sollte. Wie wir hören, hatte der Kollege auf einer Zweigkonferenz im Beisein des Direktors sein Befremden darüber geäußert, daß der Direktor als Vertreter der Lehrerschaft zur Leitung einer von den Lehrern ausgeübten Jugendpflege einen Geistlichen bestellte und außerdem kaum zu bewegen war, auch nur in den engeren Jugendpflegeausschuß einen Lehrer mit hineinzuwählen. Als trotz des direktorialen Widerstrebens doch ein Fortbildungsschullehrer in diesen Ausschuß hinein kam, wurde er bei Einrichtung der Sache gänzlich übergangen. Ein solches Verhalten des Direktors wagte der Kollege in der Zweigkonferenz in Anwesenheit des Direktors nicht für gut zu befinden, woraufhin am andern Morgen gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen achtungswidrigen Benehmens und Unverträglichkeit in dienstlicher Beziehung (!) eingeleitet werden sollte. So sucht man in Leipzig-Land die Lehrer zur freiwilligen Mitarbeit an der Jugendpflege zu gewinnen!

Hurra, die Ferschtin kommt! Das hessische Städtchen Dorheim war jüngst der Schauplatz eines welthistorischen Ereignisses, das von der in Friedberg erscheinenden „Neuen Tageszeitung" folgendermaßen gewürdigt wird: „Dorheim, 10. Oktober. Gestern (Montag) fand der feierliche Einzug der beiden Komtessen Anna und Berta v. Solms-Assenheim-Rödelheim statt, die fortan in dem neuhergerichteten Schlosse ihren dauernden Wohnsitz nehmen werden. Die Feier begann schon am Mittag, wo sich die Kinder zu einem Zug versammelten und unter Vorantritt dreier Trommler den Herrschaften, die mit Wagen angefahren kamen, entgegengingen. Ein Knabe sagte beim Eintreffen ein Gedicht, worauf die Kinder mit Bretzeln beschenkt wurden. Am Abend versammelte sich der Kriegerverein, der Gesangverein „Germania" und der Turnverein und zogen, die Schäfersche Musikkapelle voran, vor das gräfliche Schloß. Dort spielte sie erst einen Choral, dann wurde ein gemeinschaftliches Lied gesungen, worauf Herr Landtagsabgeordneter Breidenbach eine Ansprache hielt. Er hieß die Herrschaften, insbesondere die Komtessen, als neue Bürger von Dorheim willkommen. Er gedachte der verwitweten Gräfin, die sich um Dorheim u. a. durch die Errichtung der Kleinkinderschule so verdient gemacht habe, und wie diese sich in Dorheim, wo sie lange gewohnt habe, wohl gefühlt habe, so hoffe er dies von unseren neuen Mitbürgerinnen. Er brachte zum Schluß ein Hoch auf die ganze gräfliche Familie aus, in das alle Anwesenden lebhaft einstimmten. Der Turnverein stellte darauf Pyramiden, die sehr gelungen ausfielen; es wurden noch einige Lieder gesungen, und dann begaben sich die Vereine in ihre Lokale, wo bald allenthalben ein fröhliches Treiben herrschte." — Leider ist in der Notiz nicht enthalten, ob die beiden jungen Mädchen noch eine andere Bedeutung haben, als daß sie die Töchter eines reichen gräflichen Vaters sind. Immerhin macht die ganze Veranstaltnng einen recht erhebenden und würdigen Eindruck, besonders auch die Betätigung des Herrn Landtagsabgeordneten als Festredner.

Unfall durch Landung eines Fliegers. Durch einen landenden Eindecker, der mit dem Flieger Schreck und einem Offizier besetzt war, wurde auf dem Flugplatz in Saint-Omer ein sechsjähriges Kind getötet.

Schweres Eisenbahnunglück. In Außig in Böhmen stieß am Freitag morgen ein Personenzug mit einer ihm entgegenfahrenden Lokomotive zusammen. Ein Schaffner wurde getötet, dreißig Fahrgäste erheblich verletzt.

Erdbeben und Springfluten in Kalifornien. Ein furchtbares Unglück ist über die kalifornische Küste und einen Teil Mexikos hereingebrochen. Durch schwere Erdbeben sind mehrere Städte vernichtet worden, gegen **1000 Personen** sind umgekommen. Das Beben wurde an der ganzen Westküste Kaliforniens beobachtet. In seinem Gefolge brauste ein heftiger Wirbelsturm über das Land, große Springfluten drangen weit in das Innere hinein und vollendeten die Vernichtung. Den größten Schaden hat die Provinz

Senora erlitten. Alle Kommunikationsmöglichkeiten in diesem Teile der kalifornischen Küste sind unterbrochen, so daß man über das genaue Resultat der Katastrophe noch keine Nachrichten geben kann. — Nach einem Telegramm aus Mexiko sind die amerikanischen Städte San Jose, de Guayamas und Palmos zerstört worden. Nachdem der Erdstoß vorüber war, brach vom Meer aus eine furchtbare Flutwelle über die unglücklichen Städte herüber, die die sich flüchtenden Einwohner, noch bevor sie die rettenden Berge erreichen konnten, ereilte. Im Golf von Kalifornien wurden vier Schiffe zum Sinken gebracht. Die Mannschaft, die sich zum Teil auf Schiffstrümmern retten wollte, wurde eine Beute der unzähligen Haifische.

Genossenschaftsbewegung.

Die Umsatzsteuer, eine strafbare Verschärfung der Teuerung! Nach der windschiefen Logik ihrer geistigen Väter soll die Umsatzsteuer für Konsumvereine in hohem Umsatze den hohen „Verdienst" treffen. Nach dieser saubern Rechnung hat man bekanntlich in Hamburg den Konsumvereinen einen Reingewinn von 8 Prozent angehext, den die Praxis bisher nicht gekannt hat und jedenfalls nie kennen wird. Eine kühne Phantasie, ein Requisit, das man im Arsenal des kühl abwägenden Gesetzgebers eigentlich nicht suchen sollte, hat dabei mitgeholfen. Im allgemeinen wird man nun annehmen, die Umsatzsteuer steige mit dem Mehrumsatz an Waren. Weit gefehlt! Heute sehen wir, daß ein Konsumverein in die Lage geraten kann, obwohl er weniger Waren umsetzte als im Vorjahre, mehr Steuern entrichten zu müssen. Und das bringt — die Teuerung zuwege! Der Preis mancher Artikel ist gegenwärtig um 10, 20, ja 50 Proz. emporgeschnellt. Die Steuerbehörde erhebt aber die Umsatzsteuer nicht nach dem Quantum, sondern nach dem Preise! Der Staat profitiert also von Ausnahmepreisen und — Zöllen auf Kosten der hiervon schwer betroffenen Konsumenten! Dafür ein paar Beispiele: Zucker steht gegenwärtig im Einkaufspreis etwa 12 Pfg. über dem sonst üblichen Satze. Wenn auch im ersten Halbjahre die Steigerung nicht so fühlbar war und mit einem langsamen Nachlassen in absehbarer Zeit wohl zu rechnen ist, so greift man doch sicher nicht zu hoch, wenn man für den Jahresdurchschnitt mit einem Plus von 6 Pfg. per Pfund rechnet. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion", Hamburg, hatte im Vorjahr einen Zuckerumsatz von rund 2 700 000 Pfund. Legen wir nun dieselbe Summe für 1911 zugrunde, so ergibt das eine Mehr„einahme" infolge der Teuerung von 162 000 Mk., was bei dem von der Steuergesetzgebung vorgeschriebenen achtprozentigen „Gewinn" ein steuerpflichtiges „Einkommen" von 12 960 Mk. ergäbe, das bei dem für die „Produktion" geltenden Satze von 9 Proz. eine Steuer von 1166,40 Mk. liefern würde! „Es lebe die Teuerung!" dürfen angesichts dieses Resultats Hamburgs Steuerkünstler ausrufen. Noch eins: Der Kaffee ist nicht nur infolge Preistreibereien der Produzenten und Großhändler, sondern auch wegen der deutschen Zollpolitik seit 1907 für den Detailverkauf (gebrannt) um 40 bis 60 Pfg. per Pfund im Preise gestiegen. Das macht für den Umsatz der „Produktion" — den von 1910 mit rund 465 000 Pfund zugrunde gelegt — unter Annahme einer Durchschnittssteigerung von nur 40 Pfg. als Mehr„einnahme" 186 000 Mk., ein „Einkommen" von 14 880 Mk., also eine Steuer von 1339,20 Mark! Der hohe Zoll, der die Konsumenten bereits kräftig mitgenommen hat, entzieht ihnen solchermaßen nochmals eine nette Summe zugunsten des Hamburger Staates, dem er als steuerzeugender — Umsatz unter die Finger gerät! Deutlicher kann der in schlimmste Ungerechtigkeit ausartende Widersinn der Umsatzsteuer nicht illustriert werden! Während man annehmen müßte, der Staat würde alles aufbieten, um die unheilvollen Folgen der gefährlichen Teurung nach Kräften zu lindern, sehen wir im Gegenteil, daß er das Streben der Konsumenten, aus eigner Kraft sich gegen die bittere Not zu wehren, ausbeutet, um aus der Not selbst noch steuerliche Vorteile zu ziehen. Wir wollen gerne annehmen, daß an diese Konsequenzen der Umsatzsteuer keiner der schuldigen Gesetzgeber auch nur im Traume gedacht hat. Das beweist aber eben, wie wenig überlegt man gehandelt hat, und wie wenig man bedacht hat, daß auch die Konsumenten Menschen sind, die auf Schonung durch die Gesetzgebung begründetes Anrecht haben. Der Begriff „Umsatzsteuer" ist, man mag ihn drehen und wenden, wie man will, nichts andres als eine Umschreibung für den Begriff „grobes Unrecht."

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 15. bis 22. Oktober 1911.

Neues Stadttheater. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr: „Kyritz-Pyritz", Gesangsposse von Wilken. Abends 8 Uhr: „Der Bettelstudent", Operette von Millöcker. Montag, den 16. Oktober: „Der Prophet", Große Oper von Meyerbeer. Dienstag, den 17. Oktober: „Romeo und Julia", Tragödie von Shakespeare. Mittwoch, den 18. Oktober: „Die Fledermaus", Operette von Joh. Strauß. Donnerstag, den 19. Oktober: „Meyers", Schwank von Friedemann-Frederich. Sonnabend, den 21. Oktober: „Glaube und Heimat", Schauspiel von Schönherr. Sonntag, den 22. Oktober: „Der fliegende Holländer", Operette von Richard Wagner.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 15. Oktober: „Glaube und Heimat", Schauspiel von Schönherr. Donnerstag, den 19. Oktober: Zum letzten Male: „Die Dollarprinzessin", Operette von Leo Fall.

In Vorbereitung: Die weiße Dame", Oper von Boieldieu. Neu! „Tantris der Narr", Drama von Ernst Hardt.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 13. Oktbr.

Auftrieb 5640 Schweine. — Handel flau. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59,— bis 61,— (47,— bis 49,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 58,— bis 60,— (46,50 bis 48,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 58,— bis 60,00 (45,— bis 47,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 58,— bis 59,— (45,00 bis 46,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 57,00 (38,00 bis 43,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,— bis 50,00 (35,00 bis 39,00) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 6. Oktober.

1. Qualität	162—164 Mk.
2. „	135—145 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	135—140 „
do. II. do.	120—134 „

Quittung.

Für den Reichstagswahlfonds im Fürstentum Lübeck (1. oldenb. Wahlkreis) gingen bei dem Unterzeichneten ein:

Vom Fabrikarbeiter-Verband	200,— Mk.
J. S.	10,— „
	210,— Mk.
Bereits quittiert	138,05 „
	Sa. 348,05 Mk.

Der Zentralvorstand der Soz. Partei für das Fürstentum Lübeck.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

MAGGIs WÜRZE hilft sparen!
Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGIs Würze.
Achtung vor Nachahmungen!
— Probefläschchen 10 Pfg. —

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.
Festkomiteesitzung
Montag abend 8½ Uhr.

Nach schwerem Leiden entschlief Freitag mittag 1½ Uhr unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater
Heinr. Friedr. Hering
im Alter von 75 Jahren. Tief betrauert von allen, die ihm nahe standen.
H. Hering und Frau geb. Herzberg.
L. Hering und Frau geb. Winkelmann.
G. Bock und Frau geb. Hering.
H. Herzberg und Frau geb. Hering.
W. Mindemann und Frau geb. Hering.
Moisling, den 13. Oktober 1911.
Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr in Genin.

Sozialdemokratisch. Verein Herrnburg und Umgegend.
Nach langem schweren Leiden verstarb am Donnerstag, dem 12. d. Mts., unser treues und langjähriges Mitglied Genosse
Joh. Mainitz
im hohen Alter.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 16. ds. Mts., mittags 12 Uhr statt.
Der Vorstand.

Billig zu vermieten freundliche
Zwei-Zimmer-Wohnungen
von 185 Mk. an.
Näh. Chasotstr. 18, pt. vorn.

Zu sofort oder später
Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 15. Oktober von 1 Uhr an.
Dr. med. Meyer, Marlistraße 40 b.
Dr. med. Plessing, Pferdemarkt 14.
Dr. med. Schuhr, Schwart. Allee 2.

2. Etage, 3 Zimmer m. Zubehör zum 1. Januar zu vermieten.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19 a.

Logis zu vermieten an jungen Mann oder junges Mädchen.
Friedenstraße 84.

Freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten. Füchtingstr. 31, II.

Eine Zwei-Stuben-Wohnung z. 1. Januar zu vermieten. Näheres bei Boi, Stockelsdorf.

Bauarbeiter gesucht.
Zu melden
Geverdesstraße 8.

Ein starkes Fahrrad
billig zu verkaufen.
Brockesstraße 33.

Umständehalber 2 Halbdaunen-Betten zu verkaufen.
Galenbeck, Wakenitzmauer 122, III.

Die allerfeinsten gelbf. Magn. bon. und blaue französische Kartoffeln, bekommt man
Düvekenstraße 1/3, bei St. Annen.

Gr. Henneküken, April-Brut.
Düvekenstraße 1/3, bei St. Annen.

Billig! Birnen. Billig!
Eß- u. Einmacheb. 10 Pfd. v. 70 ₰ an
Eß-Aepfel 10 Pfund von 100 ₰ an
W. Matz, Emilienstraße 9, Hof, zwischen Dorne- u. Lindenstr.

An- und Verkauf von guten getr. Herrenkleidern. Vermietung v. Gehrock-Anz. f. jede Festlichkeit.
A. Pohl, Schneider, Marlesgr. 44.

Willy Koch
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Visitkarten
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Erstklassige
Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
empfiehlt
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Sämtliche Reparaturen werden prompt u. billig ausgeführt

Rote Rabattmarken. Johs. Tollgreve, Goldschmied Rote Rabattmarken.
Königstraße 92.
Gold-, Silber- u. versilberte Waren.
Gravierungen. Neuarbeitungen.
:-: Vergolden. Versilbern. :-:
Reparaturen prompt und billig. Trauringe. Reparaturen prompt und billig.

Amerikanische
UhrenReparaturwerkstatt
Lübeck, Hüxstraße 71.
Reparaturen gut und billig wie bekannt.
Hüxstr. 71.

Aufgabe halber verschied. Muster bedeutend unter Preis für Händler u. Private. Eleg. bestickte Salongarnituren in Tuch, Plüsch, Gobelin und Seidenbezug 100 M., 150 u. 165. Prachtvolle Plüschgarnituren 85 M., Bortgarnituren 110 M., Divans 65 M., Umbauten 75 M., Salon- u. Prunkschränke 75 M., Vertikos, reich geschnitzt, 55 M., Salon- und Auszugtische 18 M., Gr. Trumeaus 35 M., Schreibtische, wertvolle Schlafzimmer, Küchen, Garderoben, Lederstühle. Hunderte von Dankschreiben für prachtvolle Lieferungen.
Lager: Wahmstraße 83.

Schlachtmesser
empfiehlt
Tesschaus
Messer- u. Waffen-Haus
Breite Str. 27. Lübeck. Fernruf 1674.

Atelier Lubeca
Breite Strasse 13.
Inh. Konrad Brandt.
Anfertigung moderner Photographien von größter Haltbarkeit zu billigen Preisen.

8103 amtl. begl. Dankschreiben.
Meinel & Herold
Harmonika-Fabrik
Klingenthal (Sachsen) Nr. 51/A
Denkbar beste und billigste direkte Bezugsquelle für Zugharmonikas aller Art.
1, 2, 3, 4 reihige, 2, 3, 4, 6, 8 chörige, sowie Wiener Harmonikas in über 200 Nummern.
Mundharmonikas, Bandonions, Guitarren, Violin., Zithern, Flöten, Okarin.
Aufträge von M. 10,— an innerhalb Deutschland portofrei.
Guitarr-Zithern, Drehorgeln.
Garantie: Zurücknahme u. Geld retour.
Neuer Haupt-Katalog an Jedermann frei.

Zur Schule
empfehle kräftige, feingerbte rindlederne Knaben-Schnürstiefel
31—35 4.90 Mk. 36—39 5.90 Mk.
Rindbox-Knaben- u. Mädchenstiefel
27—30 4.25 Mk. 31—35 4.75 Mk. 36—39 6.75 Mk.
Sämtliche moderne Damen- und Herrenstiefel.
Stets großes Lager.
Prima starke Halbstiefel 10.75 Mk.
Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3.
Rabattmarken.
Reparaturwerkstatt.

Spezial-Reparatur-Werkstatt
für Uhren jeglicher Art.
Albert Langer
Uhrmacher
Hüxstraße 43, Hinterhaus I. Etg.
Kein Laden.

St. Lorenz erstes und ältestes
Motor- und Fahrradhaus.
Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Fernruf 2058.

Jede Hausfrau versuche
H. Bülcks
Misch-Kaffee.
Seit 15 Jahren großer Erfolg.
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg.,
in ½ und 1/1 Pfd., fertig zum Gebrauch.
Postpakete frankо.
H. Bülck
Breite Straße 54. Fernspr. 149.

Meine Spezialität:

Aussteuer-Artikel

Betten, Bettfedern u. Daunen, Bettsatins, Lakenleinen, Handtuchdrelle

in nur soliden guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Rote Rabattmarken.

Ernst Diederichs

Brockesstraße 25. Ecke Warendorpstraße.

Restaurant Karl Bahr

Fackenburger Allee 36.

Grosses Ausspielen v. fett. Gänsen, :: Karpfen und Rauchfleisch ::

auf einem Ziehbillard

am Sonntag, dem 15. Oktober 1911.

Anfang 11 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Karl Bahr.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. Gustav Gipp.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstr. 35.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr. 65 Pfg.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Montag, 16. Okt. 1911,

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Quartalsabrechnung.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Die Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht.
5. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Vorstand.

NB. Der Dunker-Kurse wegen ist die Versammlung auf **Montag** verlegt worden. D. O.

Sozialdemokratisch. Verein Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 15. Oktober,

nachmittags 4 Uhr,

im „Gasthof zur Linde" (Saborowski).

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Parteitag in Jena.
   Referent: Genosse E. Diez-Lübeck.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet

Der Vorstand.

Kaffeehaus Moisling.

Beschießen u. Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch

am Sonntag, dem 15. Oktober.

Anfang vormittags 11 Uhr.

Abends: BALL.

A. Schreiber.

Hansa-Halle.

Großes Tanzkränzchen

Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. J. Rieck.

Einsegel

Heute Sonntag:

Tanzkränzchen.

F. Jenkel.

Friedrichshof.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

Tanzkränzchen

Adlershorst.

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Neu-Lauerhof.

Heute Sonntag **gr. Tanzkränzchen**

Friedr.-Franzhalle

Tanzkränzchen.

Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.

L. Stamer.

Wakenitz - Bellevue.

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

H. Fürböter.

Weisser Engel

Ratzeburger Allee 29.

Jeden Sonntag:

Gr. Tanzmusik.

Endstation der heute eröffnet. Bahn.

Eintritt frei. Telephon 1107.

Freiwillige Feuerwehr Stockelsdorf.

BALL

am Sonntag, 15. Oktober,

im Lokale des Gastwirts Dose.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand und H. Dose.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich Konzert, ausgeführt vom Konzert-Orchester „Presto"

6 Damen, 2 Herren.

Anfang Sonntags 4 Uhr.

Eintritt frei!

Geöffnet bis 3 Uhr nachts.

Ludwig Kock.

Biophon.

Lichtbild-Theater. Nur Breite Strasse 52.

∴ Die große Revue der Kinematographie. ∴

Propaganda-Schauspiel gegen die Trunksucht.

Marianne, ein Weib aus dem Volke.

Großes spannendes Sitten-Drama in 3 Akten.

In der Hauptrolle die größte deutsche Tragödin

Adele Sandrock, K. u. K. Hofschauspielerin.

Die größte Aktualität:

Nick Winter und der Diebstahl der Mona Lisa

und das große Programm.

Künstlerische Musikbegleitung.

Nur für Kinder: Sonntags von 2 bis 4 Uhr.

Nur für Erwachsene: Sonntags von 4 bis 11 Uhr.

Wochentags von 3 bis 11 Uhr.

Gesangverein „Einigkeit" Schlutup.

Banner-Weihe

am Sonntag, dem 22. Oktober 1911

in sämtlichen Räumen des Gasthofes „Zur Post".

Nachmittags 2½ Uhr: **Empfang der auswärtigen Vereine im Gasthof „Zur Linde".**

Nachmittags 3 Uhr: **Banner-Weihe im Gasthof „Zur Post".**

Weiherede, gehalten vom Reichstagsabgeordneten **Th. Schwartz.**

Nachher: **Umzug durch den Ort.**

Beginn des Balles 5 Uhr.

Eintrittspreis für Fremde 1 Mk., einzelne Dame 30 Pfg.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Das Komitee.

NB. Die umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

27jähr. Stiftungsfest

bestehend in Ball u. Gesangvorträgen

der Gesangvereine der Zimmerer und Eiche

am Sonntag, dem 15. Oktober 1911

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Gesangverein „Lyra".

Einladung zum 5. Stiftungsfest

verbunden mit **Konzert, Gesangvorträgen und Aufführungen,** sowie darauffolgendem **Ball**

am Sonntag, dem 15. Oktober 1911

im Konzerthaus Fünthausen (gr. Saal).

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Kartenvorverkauf 60 Pfg. An der Abendkasse 80 Pfg.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Einladung zum Ball

am Dienstag, 24. Oktober 1911,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52,

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Konzerthaus „Flora".

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

H. Pagel.

Tränen Tränen

werden heute Sonnabend und morgen Sonntag im

UNIVERSUM

gelacht über die Komödien „Stöbke in tausend Angsten" und „Der Sommerleutnant".

L. Puls.

HANSA THEATER

Ab 17. Oktober täglich 8¼ Uhr:

Original-Parisiana-Gastspiel

mit d. neuest. Schlagern d. Saison.

Das starke Stück.

Schwank in 1 Akt von Julius Heck.

Der Geldbriefträger.

Schwank in 1 Akt von Emil und Arnold Golz.

!! Beregiss !!

Drama in 1 Akt v. André de Lorde und P. Chaine.

Die unmoralische Wohnung.

Schwank in 1 Akt v. Alexand. Engel.

Seit dem vorjährigen Gastspiel des Original-Parisiana im Hansa-Theater gastierte das Ensemble in Hannover - Mellmutheater, Berlin-Apollotheater, Chemnitz - Centraltheater, Leipzig-Kristallpalast, Dresden - Viktoria - Salon Breslau-Liebichs Etablissement, Köln-Reichshallentheater, Elberfeld - Thaliatheater, München-Deutsches Theater usw. usw.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten zu ermäßigten Preisen an der Abendkasse **wochentags gültig,** sind in den durch Plakate kenntlich. Geschäften **gratis** zu haben.

HANSA THEATER

Heute Sonntag:

Gr. Abschieds-Gastspiel

Segommer.

2 Windmouten
Dietrich Ulpts
Irwings
Mitzi Bardi
Ota Gygi
3 Sellons
Max Walde.

Vorverkauf bei **Sager.**

(**Montag** bleibt das Theater wegen Vorbereitung zum Orig.-Parisiana-Gastspiel **geschlossen.**)

Stadthallentheater.

Sonntag, den 15. Oktober. 7½ Uhr.

Glaube und Heimat.

Schauspiel von Schönherr.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 15. Okt. **Nachm. 3 Uhr.**

1. Volks-Vorst. Jeder Pl. 50 Pf.

Kyritz-Pyritz.

Gesangsposse von Wilken.

Vorverkauf der Billetts für diese Volksvorstellung **Sonnabend abend v. 8—9 Uhr an der Theaterkasse. Alle Plätze werden ausgelost.**

Sonntag, 15. Oktober. 8 Uhr.

Gastspiel Grete Braun

vom Hamburger Operetten-Theater.

Der Bettelstudent.

Operette von Millöcker.

Laura — — Frl. Braun a. Gast.

Montag, 16. Oktober. 7½ Uhr.

Der Prophet.

Große Oper von Meyerbeer.